

Mittelstands Magazin

G 1480

12

2016

www.mit-magazin.de

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Das Deutschland-
Paket der MIT

UNTERNEHMEN

Zeitarbeit und
Werkverträge

POLITIK

PRO & CONTRA
Mütterrente



Der Präsidentschacher

DER NEUE SEAT ATECA.

Business. Klasse.



TECHNOLOGY TO ENJOY

SCHON AB 223 €² IM MONAT.

Design, Dynamik, Ausstattungsmöglichkeiten: Was Ihnen der neue SEAT Ateca als Dienstwagen bietet, ist eine Klasse für sich. Überzeugen Sie sich selbst und vereinbaren Sie eine Testfahrt. Einfach per E-Mail an firmenkunden@seat.de oder telefonisch unter 06150 1855-500. Wir freuen uns auf Sie.



TOP-VIEW-KAMERA³



KABELLOSES LADEGERÄT^{3,4}



MODERNE FAHRASSISTENZ-SYSTEME

SEAT FOR BUSINESS

SEAT.DE/FIRMENKUNDEN

Kraftstoffverbrauch SEAT Ateca 1.6 TDI ECOMOTIVE, 85 kW (115 PS): innerorts 4,7, außerorts 4,1, kombiniert 4,3 l/100 km; CO₂-Emissionen: kombiniert 113 g/km.

¹Nähere Informationen unter www.euroncap.com.

²Der SEAT Ateca 1.6 TDI ECOMOTIVE, 85 kW (115 PS), Start&Stop, auf Grundlage der unverbindlichen Preisempfehlung von 22.025,21 € + Sonderausstattung 134,45 €, zzgl. Überführungskosten und MwSt.: 223,00 € monatl. Finanz-Leasingrate bei 36 Monaten Laufzeit und jährlicher Laufleistung von 20.000 km. 0 € Sonderzahlung. Ein Angebot der SEAT Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Dieses Angebot ist nur für gewerbliche Kunden mit Großkundenvertrag und nur bis zum 31.12.2016 gültig. Bei allen teilnehmenden SEAT Partnern in Verbindung mit einem neuen Leasingvertrag bei der SEAT Leasing, Bonität vorausgesetzt. Das abgebildete Fahrzeug enthält Sonderausstattung gegen Mehrpreis.

³Optional ab Ausstattungsvariante Style.

⁴Informationen über kompatible Mobiltelefone erhalten Sie bei Ihrem SEAT Partner oder unter www.seat.de.

„Die machen eh, was sie wollen“

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA hat viele Deutsche in Schockstarre versetzt. Wie konnte der Kandidat der Republikaner das Rennen machen, wo doch fast alle Demoskopen einen sicheren Wahlsieg Hillary Clintons prophezeit hatten? Offen gestanden, ich habe mich gewundert, mit wie viel Häme manch ein deutscher Politiker oder Journalist über die angeblich ungebildeten Amerikaner schimpfte, die den Populisten nicht durchschaut hätten. Doch statt 60 Millionen amerikanische Trump-Wähler an den Pranger zu stellen, sollten wir uns vielmehr fragen, warum ihn so viele Menschen gewählt haben.

Dabei müssen wir gar nicht so weit über den Ozean blicken. Denn die US-Wahl fügt sich ein in eine Reihe von Protestwahlen, die wir auch bei uns in Europa erleben. Ob beim Brexit oder den Wahlerfolgen der AfD: Viele Bürger fühlen sich von den etablierten Parteien nicht mehr richtig vertreten. Sie haben das Gefühl, dass die Politik die Probleme nicht mehr an der Wurzel anpackt, sondern nur auf Sicht fährt. Besonders die Euro- und die Flüchtlingskrise haben diese Einschätzung verstärkt und Abstiegsängste befördert. Es ist ein Satz, den ich immer wieder höre: „Die machen eh, was sie wollen“.

Dabei bietet die Soziale Marktwirtschaft die besten Voraussetzungen für eine gerechte und selbstbestimmte Gesellschaft – sofern ihre Grundregeln eingehalten werden. Das ist an vielen Stellen nicht mehr der Fall: Hohe Steuern führen dazu, dass viele Bürger den Anreiz zur Arbeit verlieren. Die Niedrigzinspolitik der EZB führt zu enormen Zinseinbußen, was die private Altersvorsorge massiv erschwert. Eine dirigistische Energiepolitik lässt die Stromrechnungen in schwer erträgliche Höhen schießen. Diese Liste ließe sich beliebig fortführen und zeigt: Nicht unsere Wirtschaftsordnung selbst führt zu Ungerechtigkeiten, sondern die Missachtung ihrer Regeln.

In der Sommerpause habe ich mir die Zeit genommen, diese Grundregeln einmal aufzuschreiben und der Frage nachzugehen, wie eine gerechte und bürgernahe Politik aussehen kann. Die vielen Gespräche, die ich in

dieser Zeit und in den letzten acht Jahren als Abgeordneter mit Bürgern in ganz Deutschland geführt habe, gaben dazu wichtige Hinweise. Die Ergebnisse sind in einem Buch mit dem Titel „Die machen eh, was sie wollen“ nachzulesen. Es erscheint Mitte Januar 2017.



Dr. Carsten Linnemann ist Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Ich bin sicher: Um wieder mehr Gerechtigkeit und Zuversicht herzustellen, muss sich die Politik wieder der „schweigenden Mehrheit“ zuwenden. Politik muss bestrebt sein, unseren Leistungsträgern so viel wie möglich vom erwirtschafteten Einkommen in den eigenen Taschen zu belassen, damit sie selbst entscheiden können, wie sie das verdiente Geld verwenden. Der Staat darf sich nur die Mittel nehmen, die zur Sicherstellung von Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Bildung und Sicherheit erforderlich sind. Gerade Investitionen in Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung sind der Schlüssel dafür, dass die Wachstumschancen der Digitalisierung auch genutzt werden – und dass umgekehrt Risiken, die der Mittelschicht Ängste bereiten, minimiert werden.

Mit unserem Steuerreform-Konzept setzen wir genau hier an. Unser Antrag an den CDU-Parteitag mit dem Namen „Deutschlandpaket“ ist schnörkellos und ausbalanciert: Die ab 2017 erwarteten Steuermehreinnahmen sollen künftig zu je einem Drittel für Steuersenkungen, Investitionen und Maßnahmen zum Schuldenabbau verwendet werden. Mehr zum Deutschlandpaket lesen Sie auf Seite 14.

Herzlichst

Ihr Carsten Linnemann



IHRE UNTERSCHRIFT RETTET LEBEN.

Mit 75 Euro können wir zum Beispiel 150 an Malaria erkrankte Kinder behandeln. Malaria ist eine der fünf häufigsten Todesursachen bei Kindern unter fünf Jahren in Krisengebieten.

Zahlungsempfänger:	
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.	
Konto-Nr. des Zahlungsempfängers	Bankleitzahl
9 7 0 9 7	3 7 0 2 0 5 0 0
BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT	
STICHWORT WELTWEIT	

IHRE SPENDE
HILFT UNS,
SCHNELL ZU HELFEN.
WELTWEIT.
DANKE!

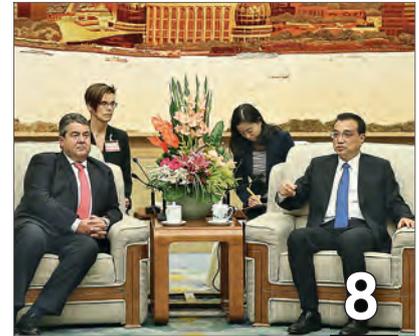


**MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.**

Träger des Friedensnobelpreises
www.aerzte-ohne-grenzen.de

4 ► INHALT

- 3 EDITORIAL**
MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann zur aktuellen Politik
- 6 Aus anderer Sicht**
Unser Kolumnist Hugo Müller-Vogg zum kommenden Wahlkampf
- 8 Freihandel oder Protektionismus**
Der Wirtschaftskonflikt zwischen Deutschland und China
- 12 Wir sind zum Glück vereint**
Europapolitiker Hans-Gert Pöttering stellt seine Biografie vor
- 14 Das Deutschlandpaket**
Im Interview erläutert Carsten Linnemann, was drin ist
- 16 Die gescheiterte Mietpreisbremse**
- 20 Pro & Contra: Mehr Mütterrente?**
- 22 AUTO-Fahrberichte**
Für Sie gefahren: VW Touareg und Jaguar XF
- 24 BÜCHER zum Lesen und zum Verschenken**
- 26 Recht im Gespräch**
- 27 Der EU-Check**
- 28 MIT- und MU-Inside**
- 32 Neu in der MIT**
- 33 Neues aus der Bundesgeschäftsstelle**
- 34 Auf den Punkt gebracht**
Magazin-Chefredakteur zum Thema Parteien- und Politikerverdrossenheit



Die MIT-Weihnachtsmänner und -frauen wünschen ein frohes Fest und einen guten Rutsch!



Innovation
that excites

DER NISSAN PULSAR.

NISSAN PULSAR VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: € 0,-

Laufzeit: **48 Monate**

Gesamtlauflistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

AB € 229,-¹ (NETTO)
inkl. Techniksर्वice²



AUCH FÜR GROSSE KLEINUNTERNEHMER.

Mit Abstand am besten: der NISSAN PULSAR mit der größten Beinfreiheit seiner Klasse.³

Mit seinem geräumigen Innenraum, sportlichen Design und einer hochwertigen Verarbeitung bringt der NISSAN PULSAR neue Klasse in die Kompaktklasse. Ob AROUND VIEW MONITOR für 360° Rundumsicht⁴ oder NissanConnect Navigationssystem⁵, der PULSAR überzeugt auch in puncto Ausstattung mit Großzügigkeit. Sparsam ist einzig der 1,5-l-Dieselmotor, mit dem Sie auch entferntere Ziele ins Auge fassen können. Steigen Sie ein und machen Sie Ihr Unternehmen noch ein wenig effizienter.

Mehr Informationen auf nissan-fleet.de

NISSAN PULSAR VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS): Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts 4,1, außerorts 3,3, kombiniert 3,6; CO₂-Emissionen (g/km): kombiniert 94,0 (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 48 Monaten bis 60.000 km zzgl. Überführung und Zulassung. Für alle bis zum 31.12.2016 abgeschlossenen Verträge bei Zulassung bis zum 15.01.2017 für das oben ausgewiesene Modell. ²Der Techniksर्वice beinhaltet Wartungskosten und Verschleißreparaturen (gemäß AGB) für die Vertragslaufzeit. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services. ³Aussage gültig in Bezug auf die zweite Sitzreihe. ⁴Erst ab Ausstattungsvariante TEKNA. ⁵Optional ab Ausstattungsvariante ACENTA. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services, einem Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Kleingewerbe mit einem Fuhrpark bis 5 Einheiten sowie Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrufschein. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.

Uns droht ein hitziger Wahlkampf um angeblich massenhafte Altersarmut

Von Hugo Müller-Vogg

Der Rentenexperte Professor Bernd Raffelhüschen hat einmal gespottet, viele Journalisten, die über Rente geschrieben, hätten ihr Abitur wohl mit dem Leistungskurs Gemeinschaftskunde bestanden, nicht mit Mathematik. Bei manchem Politiker scheint das ebenfalls zuzutreffen. Jedenfalls überbieten sich Schreiber und Schreier aus dem linken Spektrum mit Warnungen vor der Altersarmut als Massenphänomen. Diese Sorge hatte kürzlich der WDR mit eigenen „Berechnungen“ beflügelt, wonach bereits 2030 jeder zweite Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sein werde. Es war kompletter Unsinn, wurde jedoch von fast allen Medien begierig aufgegriffen.

Zweifellos steht die gesetzliche Rentenversicherung angesichts der demografischen Entwicklung vor einer großen Herausforderung. Heute finanzieren 100 Erwerbstätige 35 Ruheständler. Im Jahr 2040 verschlechtert sich diese Relation auf 100 zu 58. Das ist nicht in erster Linie das Ergebnis politischen Versagens. Das ist vielmehr der Tatsache geschuldet, dass die Babyboomer zu wenige Kinder in die Welt gesetzt haben. Es sind dieselben Männer und Frauen, die jetzt vom Staat höhere Renten für sich verlangen.

An scheinbaren Patentlösungen herrscht kein Mangel. So wird immer häufiger gefordert, die gesetzliche Rentenversicherung auf alle Bürger auszudehnen. Dann müssten nicht nur Arbeitnehmer (und deren Arbeitgeber) einbezahlen, sondern auch Selbstständige und Beamte. Das Kalkül: je mehr Beitragszahler, umso mehr Geld in der Kasse.

Das ist ebenso verlockend wie falsch. Wenn künftig alle Bürger Rentenbeiträge entrichten müssten, hätten auch alle Bürger Anspruch auf eine staatliche Rente. So lässt sich aber das Grundproblem der Rentenversicherung nicht lösen: dass nämlich immer weniger Berufstätige immer mehr Ruheständler zu finanzieren haben. Mit der „Rente für alle“ würden die künftigen Finanzierungsprobleme nicht entschärft, sondern vergrößert.

Deshalb gilt für den Vorschlag von Sozialdemokraten, Linken und Grünen, die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen und den Rentenbeitrag bei den „Reichen“ auf das gesamte Einkommen zu erheben. So soll mehr Geld in die Rentenkasse kommen. Das ist jedoch eine Milchmädchenrechnung. Denn die Beitragsbemessungsgrenze begrenzt nicht nur die Beitragszahlungen, sondern auch die künftige Rentenhöhe. Wer

mehr einzahlen muss, müsste dann später auch eine höhere Rente bekommen. Die Finanzausstattung der Rentenkasse ließe sich so jedenfalls nicht verbessern. Und das demografische Problem würde ebenfalls nicht entschärft.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Wenn immer weniger Erwerbstätige die Rentenlast für immer mehr Ruheständler zu finanzieren haben, gibt es keine schmerzlosen Therapien: steigende Beiträge, ein sinkendes Rentenniveau, höhere Steuerzuschüsse für die Rentenkasse oder eine Kombination aus diesen Möglichkeiten. Das alles kostet Geld. Was mindestens ebenso wichtig ist: Dies alles ist den Bürgern und Wählern nur schwer zu vermitteln.

Es ist deshalb zu befürchten, dass uns im kommenden Jahr ein Rentenwahlkampf ins Haus steht – eine Orgie an Rentenversprechen: ein höheres Rentenniveau, die volle Angleichung der Ost-Renten, Verbesserungen bei der Mütterrente und so weiter. Und dies alles auf Kosten der Jüngeren. Das Schlimme dabei: Der solide Ausweg, nämlich eine allmähliche Anpassung des Renteneintrittsalters an die unverändert steigende Lebenserwartung hat im Wahlkampfgetöse keine Chance: zu unbequem, zu unpopulär.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie das alles enden wird: Die bis heute nachwirkenden Effekte der Rentenreformen von Norbert Blüm und Walter Riester werden weiter abgeschwächt – im Zeichen der Gerechtigkeit und zu Lasten solider Staatsfinanzen sowie wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze.



Foto: Chaperon

Dr. Hugo Müller-Vogg, Publizist und Autor zahlreicher Gesprächsbiografien, u. a. mit Angela Merkel und Horst Köhler. Neuestes Buch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient“. Häufiger Gast von Talk-Runden. Von 1988 bis 2001 Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. www.hugo-mueller-vogg.de. Auf Twitter folgen: @HugoMuellerVogg

O₂
Business

Mit O₂ Free[®] Business geht Ihnen beim mobilen Arbeiten nie wieder die Luft aus^{*}

Jetzt bestimmen Sie selbst, wo Ihr Büro ist. Denn unsere neuen Tarife befreien Sie von jeglicher Sorge um Ihr Datenvolumen.

o2business.de/free
Hotline: 0800 130 1111

EINE *Telefonica* BUSINESS-LÖSUNG

Einfach mehr unternehmen.

Telefónica Germany GmbH & Co. OHG, Georg-Brauchle-Ring 23-25, 80992 München

*Mit O₂ Free Business kann nach Verbrauch des Highspeed-Datenvolumens unendlich im O₂ 2G/GSM- und 3G/UMTS-Netz mit bis zu 1.000 kBit/s (im Durchschnitt 994 kBit/s) weitergesurft werden (HD-Video-Streaming und Internetanwendungen mit ähnlich hohen oder höheren Bandbreitenanforderungen nicht uneingeschränkt möglich; Upload bis zu 1.000 kBit/s, im Durchschnitt 945 kBit/s). Zum Beispiel mit dem O₂ Free Business M für mtl. 30 € 24 Monate Mindestvertragslaufzeit. Einmaliger Anschlusspreis 21,50 €. Nationale Gespräche (außer Sonderrufnummern, Rufumleitungen) und SMS in alle deutschen Fest- und Mobilfunknetze sowie 3 GB Highspeed-Datenvolumen für mobiles Surfen mit bis zu 225 MBit/s (im Durchschnitt 13,0 MBit/s; Upload bis zu 32 MBit/s, im Durchschnitt 8,6 MBit/s) im deutschen O₂ Mobilfunknetz pro Abrechnungsmonat enthalten.

China und Deutschland kommen nicht zusammen

Fotos: picture alliance/ dpa



Für einen Wandel beim Handel: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in schwieriger Mission in China, hier im Gespräch mit Premier Li Keqiang

Von Günter F. Kohl

Jahrzehntelang war die Volksrepublik China die verlängerte Werkbank europäischer Industrienationen, vor allem Deutschlands. Westliche Konzerne lieferten ganze Fabriken, der Know-how-Transfer kannte nur eine Richtung. Das wollen die Chinesen nun ändern und sich nicht länger mit der Rolle des Juniorpartners zufrieden geben.

Für die deutsche Öffentlichkeit sichtbar wurde die neue Strategie beim Kauf des Augsburger Roboterherstellers Kuka und kurz darauf bei der geplanten Übernahme des Aachener Spezialmaschinenherstellers Aixtron. Kaufinteressenten sind zumeist chinesische Staatskonzerne mit prall gefüllten Kassen, keine Privatunternehmen. Das Ziel der chinesischen Einkäufer: High-tech-Unternehmen erwerben, um entsprechende Produkte selbst herzustellen und auf dem Weltmarkt mit den bisher führenden westlichen Firmen in Konkurrenz zu treten.

Fehlende Reziprozität

Wenige Tage vor seinem Chinabesuch stoppte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Aixtron-Deal, was nicht nur den deutschen Eigentümer, der gerne Kasse gemacht hätte, auf die Palme brachte,

sondern auch die chinesischen Käufer. Der Begriff der „fehlenden Reziprozität“ in der Behandlung von Investoren in beiden Ländern machte die Runde. Gabriel: „Wir sind ein Land, in dem chinesische Unternehmen investieren können, aber wir wollen umgekehrt auch ein gleiches Spielfeld in China.“ Was Gabriel meinte: Wenn deutsche Unternehmen in China zunehmend Probleme bekommen, dann sollen auch chinesische Firmen in Deutschland die Grenzen der Freiheit erfahren.

Was Gabriel dabei im Auge hatte sind ständig neue Marktbarrieren, erschwerte Lizenzverfahren, Benachteiligung gegenüber chinesischen Unternehmen sowie Produktpiraterie oder erzwungene Technologietransfers. Denn während sich chinesische Firmen ungehindert in Deutschland niederlassen und produzieren dürfen, müssen sich deutsche Unternehmen in Joint-Ventures mit chinesischen Partnern pressen lassen.

Beispiel Elektroautos

Wie brutal dies in der Realität zugeht, zeigt das Beispiel der Elektroautos. Die chinesischen Partner, die sich deutsche Hersteller „erzwungenermaßen freiwillig“ anschließen haben, müssen nachweisen, dass sie die E-Auto-Technologie komplett beherrschen. Das kann natürlich nur gelingen, wenn die großen deutschen oder amerikanischen

Konzerne sich in die Karten schauen lassen und ihre Technologie offenlegen.

Speziell bei den E-Autos kommt noch hinzu, dass der Prozentsatz der verkauften E-Mobile ab 2019 bei zehn und ab 2020 bei zwölf Prozent am gesamten Autoabsatz liegen muss. Bislang verkauften deutsche Hersteller dort 1.800 Elektroautos im Jahr. Bei 4,4 Mio. verkaufter deutscher Autos müssten die deutschen Hersteller bis 2019 die Zahl der E-Mobile demnach auf mindestens 440.000 Stück jährlich hochschrauben – eine Illusion.

Marktzugang

So schwanken die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Freihandel und Protektionismus, wobei diese Begriffe auf beiden Seiten recht unterschiedlich definiert werden. Freilich haben die Chinesen einen Trumpf in der Hand: China ist seit 2001 Mitglied der Welt handelsorganisation (WTO) und drängt darauf, Ende 2016 als Marktwirtschaft anerkannt zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt möchte die EU über die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus (MES) an China entscheiden. Dieser Status spielt für die Effizienz von Handelsschutzinstrumenten der EU eine entscheidende Rolle.



Großes Medieninteresse beim Chinabesuch von Wirtschaftsminister Gabriel in China

Aber auch in diesem Bereich halten die Chinesen es mit Regeln nicht so genau. Nahezu jede dritte Tonne Stahl stammt inzwischen aus China, das seine Exporte seit 2012 mehr als verdoppelt hat. Die Stahleinfuhren aus China erreichen unvorstellbare Ausmaße: Allein in 2015 haben sie sich um 57 Prozent erhöht, auf sieben Millionen Tonnen. Bedrohlich dabei ist, dass ein großer Teil des chinesischen Materials zu Dumpingpreisen und ohne Zölle auf den Märkten angeboten wird. Verständlich, dass die deutschen Stahlkocher in höchster Sorge sind.

Letztere ist berechtigt, denn die Chinesen drohen schon mit der Anrufung des WTO-Schiedsgerichts, wenn ihr Land den

Marktwirtschaftsstatus mit all seinen Privilegien nicht erhalten sollte. Die Forderung der Europäer nach Gleichbehandlung von Investoren versteht man auf chinesischer Seite überhaupt nicht und geht zum Gegenangriff über: „Ist Deutschland noch eine freie Marktwirtschaft?“ oder „Deutsche kapitalistische Marktwirtschaft versus Chinas besondere Marktwirtschaft“ heißt in sozialen Netzwerken. Von einem Freihandelsabkommen mit Peking ist Deutschland noch weiter entfernt als von einem solchen mit den USA.

Der China-Handel in Zahlen

Aktuell sind 5.200 deutsche Unternehmen in China und 900 chinesische Firmen in Deutschland tätig. Die deutschen Ausfuhren nach China betragen 2015 71,2 Mrd. Euro, die Einfuhren aus China hingegen 91,5 Mrd. Euro. China ist damit wichtigster Handelspartner in Asien. Den 40 Mrd. Euro Direktinvestitionen deutscher Firmen in China stehen nur 1,4 Mrd. Euro gegenüber, die chinesische Unternehmen in Deutschland investierten.

Deutsche Autobauer haben mit 4,4 Millionen verkaufter Fahrzeuge einen Marktanteil von knapp 21 Prozent. Drei Millionen Autos verkauft allein Volkswagen pro Jahr in China; das Land ist damit der größte Wachstumsmarkt für die deutsche Automobilindustrie. G.K.

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FEIERT **HEBAMME LINDA**
JEDEN TAG GEBURTSTAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/linda

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER





Leserbrief

Instinktlose Jubel-Arie

Zu: „Amazon hängt alle ab“,
MIT-Magazin 11-2016

Was mögen wohl die Eltern unseres Bundesvorsitzenden Carsten Linnemann, die in Paderborn eine große Buchhandlung führen, gedacht haben, als sie im letzten Mittelstandsmagazin den großen Artikel über Amazon lasen? Vermutlich erging es ihnen wie mir und anderen Einzelhandelskollegen, die einfach nicht glauben wollten, dass das Magazin unserer Mittelstandsvereinigung eine solche Verherrlichung unseres größten Konkurrenten betreibt. Amazon ist der Totengräber des stationären Einzelhandels in Deutschland. Und wir verschaffen ihm auch noch ein Forum. Was hat der Autor Pfannstiel sich bloß dabei gedacht? Wie kann die Führung unserer Vereinigung nur so instinktlos sein? Es war schon schlimm genug, dass unser Bundesvorsitzender bei seinem Besuch im Silicon Valley Werbung für Airbnb, die rücksichtslose Konkurrenz des deutschen Beherbergungsgewerbes, machte.

Wer aufmerksam durch unsere Innenstädte geht, kann die E-Commerce-Folgen bereits besichtigen: Leerstände weit und breit, die Verödung droht, der Wettbewerb leidet, die Wege für Verbraucher werden länger und länger und Beratungsmöglichkeiten schwinden.

Und in einer solchen existenzbedrohenden Situation macht die Vereinigung, die wir bisher für unsere Interessenvertreter hielten, unseren schlimmsten Konkurrenten noch größer: Eine regelrechte Jubel-Arie ohne einen Hauch von Kritik. Wenn der Autor so gedankenlos und amateurhaft unsere Interessen sträflich verletzt, wo bleibt denn die Verantwortung der Herausgeberin, der MIT?

Wir werden in unseren mittelständischen Handelskreisen zu beraten haben, wie wir mit dieser Breitseite an Interessenverrat aus den eigenen Reihen umgehen.

Dr. Bernd-Josef Schlothmann,
Geschäftsführer, MIT-Mitglied, Velbert
Schlothmann GmbH Handel

Anmerkung der Redaktion

Redaktion und Verlag distanzieren sich von dem im letzten Magazin erschienenen Artikel „Amazon hängt alle ab“, der in unverantwortlicher Weise die Interessen zahlreicher Bezieher des Mittelstandsmagazins verletzt. Der Artikel wurde uns von der Herausgeberin, der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, übermittelt. Der Abdruck erfolgte auf ihre Veranlassung.



Dieses soeben erschienene Buch sollte auf den Schreibtischen der Wahlkampf-Strategen der deutschen Parteien landen. Es ist eine bemerkenswerte Gesamtdarstellung einer neuen politischen Bewegung, die das gesamtgesellschaftliche Klima in Deutschland in einer Weise verändert, wie man es vor kurzem kaum für möglich gehalten hätte. Erschienen ist es vor dem Wahlsieg Donald Trumps am 8. November. Eben diese Tatsache macht seine Lektüre noch wichtiger, denn die Lehren aus dem amerikanischen Wahlergebnis lassen für die Bundestagswahl im September und für die vorhergehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Schlimmes befürchten. Dies vor allem dann, wenn die Parteien, speziell die CDU, um die wirklichen Themen, die die Menschen bedrücken, weiterhin einen großen Bogen machen – getrieben von der Angst, man könne ihnen vorwerfen, die Parolen der AfD aufzugreifen.

Den vorerst letzten Warnschuss gaben die Wähler in Mecklenburg-Vorpommern ab. Bei der Landtagswahl am 5. September wurde die CDU mit 19 Prozent hinter der AfD nur drittstärkste Kraft. In vielen Gebieten Vorpommerns erhielt die AfD ein Drittel aller Stimmen. In der Gegend um Greifswald, die zum Bundestagswahlkreis

Wer den Schuss nicht gehört hat

der Kanzlerin gehört, sogar doppelt so viele Stimmen wie die CDU.

Nicht nur dort fühlen die Menschen sich abgehängt. Nach der Schließung einer Kinderstation im Krankenhaus Wolgast bildete sich eine Bürgerinitiative, die 20.000 Unterschriften sammelte – die große Koalition aus SPD und CDU in Schwerin ignorierte dies und wurde abgestraft. Kreisgebietsreform, Gerichtsreform, Ärztemangel, ÖPNV, Serieneinbrüche entlang der Grenze zu Polen und vieles mehr ließen Zorn bei den Bürgern aufkommen. Parallelen zur Präsidentenwahl in den USA sind unübersehbar. Goldene Zeiten für angebliche Heilsbringer und politische Scharlatane. Dabei wäre es so einfach, diesen Sumpf trocken zu legen.

Aber die einfachen Antworten sind heutzutage als „Populismus“ verschrien, dem gibt man sich nicht hin. Das ist ja die Sache der Rechtspopulisten, die unsere jedenfalls ist es nicht. Wenn das Wahlvolk das mal nicht anders sieht ...

Günter F. Kohl

Bürgerliche Scharfmacher

Andreas Speit
Geb., 350 S., 19,95
ISBN 978-3-280-05632-5
Orell Füssli Verlag

Der Autor, Sozialökonom und Journalist, zählt zu den renommierten Kennern des Rechtsextremismus, schreibt für linke TAZ und ist im mehr linken politischen Spektrum zu verorten.

GIGABIT-HIGHSPEED FÜR FIRMEN

GLASFASER DIREKT

1 GBit/s
IN 250 STÄDTEN

- ✓ Glasfaser-Anschluss für Firmen!
- ✓ Garantierte Gigabit-Bandbreite!
- ✓ Direkt bis zum Gebäude!

Sichern Sie die Zukunft Ihres Unternehmens und machen Sie sich bereit für den digitalen Wandel. Denn bereits 2020 werden deutsche Unternehmen im Schnitt mehr als die vierfache Internet-Kapazität benötigen. Zusätzlich wird die Vernetzung von Dienstleistungen und Produktionsabläufen immer datenintensiver. Entscheiden Sie sich jetzt für **1&1 Glasfaser Business mit garantierter Gigabit-Geschwindigkeit (1.000 MBit/s)!** Und wenn Sie mehr Leistung benötigen, können Sie Ihren Glasfaser-Anschluss jederzeit upgraden und nahezu unendliche Bandbreiten nutzen – ein Anruf genügt und wir schalten höhere Geschwindigkeiten frei.



**1&1 GLASFASER
BUSINESS**

ab **199,-** €/Monat*

1&1

1und1.de



☎ 0800 / 1 02 36 30 41

* 12 Monate 199,- €/Monat, danach ab 299,- €/Monat. Glasfaser-Router (LAN/WLAN), Installation und Inbetriebnahme einmalig 1.960,- €. 1&1 Glasfaser ist bereits in vielen Anschlussbereichen verfügbar. Preise zzgl. MwSt. 24 Monate Vertragslaufzeit, Kündigungsfrist 3 Monate. 1&1 Versatel Deutschland GmbH, Niederkasseler Lohweg 181-183, 40547 Düsseldorf



Wolfgang Schäuble bei der Buchvorstellung mit Hans-Gert Pöttering (links)

Hans-Gert Pöttering: „Wir sind zu unserem Glück vereint. Mein europäischer Weg“

Europäische Zeitgeschichte aus erster Hand: Hans-Gert Pöttering, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, erinnert in der erweiterten und aktualisierten Auflage seiner Autobiographie nicht nur an seinen eigenen bewegenden politischen Werdegang und die zahlreichen Begegnungen mit Persönlichkeiten – darunter Politiker, Prinzen und Päpste. Pöttering, heute Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, schildert lebhaft und detailgetreu die Entscheidungsprozesse in den Institutionen der Europäischen Union bei wichtigen politischen Ereignissen, die er selbst hautnah während seiner 35-jährigen Amtszeit als Abgeordneter des Europaparlaments miterlebt hat. Eine fesselnde Lektüre, die jetzt von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Berlin vorgestellt wurde.

„Wir sind zu unserem Glück vereint“ orientiert an dieser Zeile aus der „Berliner Erklärung“ von 2007 hat Pöttering (Jahrgang 1945) sich über Jahrzehnte hinweg für die friedliche Einigung Europas engagiert. Von der ersten Direktwahl 1979 bis zu seinem Ausscheiden

im Jahr 2014 gehörte der Christdemokrat als einziger Abgeordneter ununterbrochen dem Europäischen Parlament an. In führenden Positionen hat er die Entwicklung des obersten Gesetzgebungsorgans und der EU mitgestaltet. So war er unter anderem maßgeblich an der Erweiterung der EU um die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie am Zustandekommen des Vertrags von Lissabon beteiligt. In seinen Memoiren erinnert der CDU-Politiker an die Anfänge der parlamentarischen Arbeit, an ausweglos erscheinende institutionelle Krisen und an tiefgreifende historische Zäsuren. Die erweiterten Inhalte der zweiten aktualisierten Auflage befassen sich insbesondere mit dem schwierigen Verhältnis zwischen der EU und der Türkei, der Rolle Großbritanniens im vereinigten Europa und der zukünftigen Entwicklung Europas, die der Autor zusammen mit Jacques Delors, dem früheren Kommissionspräsidenten analysiert hat.

Pötterings Weg in der Europapolitik und sein Blick für die europäischen Zusammenhänge spiegeln seine Zuversicht wider, die gegenwärtigen und zukünftigen

Herforderungen bewältigen zu können. Oder wie der Autor selbst schreibt: „Die Europäische Union ist nicht das Paradies auf Erden. Aber verglichen mit Entwicklungen in anderen Regionen und auf anderen Kontinenten ist sie im Hinblick auf ihre Werte und das menschliche Wohlergehen der bessere Teil der Welt.“

Pöttering macht europäische Geschichte anhand persönlicher Erlebnisse greifbar. Sein aufrichtig gehaltenes und konsequent vorgetragenes europäisches Bewusstsein ist beeindruckend, gleichzeitig verschweigt er jedoch die Fehlleistungen und Unzulänglichkeiten der EU-Integration nicht. Pötterings Autobiographie ist somit mehr als ein Erinnerungswerk. Es ist ein gewichtiger Beitrag zum besseren Verständnis der Entstehung und Entwicklung des europäischen Parlamentarismus wie eine Geschichte einer seiner bestimmenden und tragenden Fraktionen, den Christdemokraten. Wer sich mit beiden Materien weiter befassen will, kommt an diesem Buch nicht vorbei.



Hans-Gert Pöttering

Wir sind zu unserem Glück vereint

Geb., 570 S., 23,99 Euro

ISBN: 978-3-412-22262-8

Böhlau-Verlag

BGH lockert die Anforderungen an Betriebskostenabrechnungen

In einem Urteil vom 20.1.2016 – VIII ZR 93/15 – hat der Bundesgerichtshof unter Aufgabe seiner bisherigen Rechtsprechung entschieden, dass es zur formellen Ordnungsmäßigkeit einer Betriebskostenabrechnung hinsichtlich der Angabe der Gesamtkosten genügt, wenn der Vermieter bei der jeweiligen Betriebskostenart den Gesamtbetrag angibt, den er auf die Wohnungsmieter der gewählten Abrechnungseinheit

umlegt. Einer Angabe und Erläuterung der zum angesetzten Gesamtbetrag führenden einzelnen Rechenschritte bedarf es nicht mehr.

Der BGH betont in seiner Entscheidung, dass eine Betriebskostenabrechnung grundsätzlich dann formell ordnungsgemäß und damit wirksam ist, wenn sie den allgemeinen Anforderungen des § 259 BGB entspricht, also eine geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und

Ausgaben enthält. Bei der Frage, welche Mindestanforderungen an eine die Ausschlussfrist des § 556 Abs. 3 Satz 3 BGB wahrende Betriebskostenabrechnung zu stellen sind, geht es letztlich entscheidend darum, die insoweit betroffenen berechtigten Interessen von Mieter und Vermieter unter Berücksichtigung des Zwecks einer solchen Abrechnung in einen angemessenen Ausgleich zu bringen.

Durch die Entscheidung des BGH wird es gerade für Mieter von Wohnungen in einer Wohnanlage mit mehreren Gebäuden künftig schwierig, die auf ihr Gebäude anfallenden und für sie berechneten Kosten unmittelbar aus der Betriebskostenabrechnung nachzuvollziehen. Dem Mieter wird in einem solchen Fall zur Überprüfung der Plausibilität nichts anderes übrigbleiben, als von seinem Recht auf Einsicht in die entsprechenden Unterlagen Gebrauch zu machen.

Foto: pixelio.de

wachsen MIT DER IBB

Aus Investition wird Expansion.

IBB für Unternehmen: Die Mittelstandsförderer in Berlin.

Ihr Unternehmen soll weiter wachsen – wir haben das Förderprogramm. Mit einem maßgeschneiderten Finanzierungsangebot unterstützen wir Sie dabei, Ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Ihre Wachstumsziele zu erreichen. Sprechen Sie mit uns!

Telefon: 030 / 2125-4747
E-Mail: wachsen@ibb.de
www.ibb.de/wachsen

 Investitionsbank
Berlin

Leistung für Berlin.



Interview mit MIT-Chef Carsten Linnemann

„Jetzt ist wieder die Mitte an der Reihe“

Die MIT hat von der CDU ein „Deutschlandpaket“ gefordert, das zu je drei Teilen Steuersenkungen, Investitionen und Maßnahmen zum Schuldenabbau vorsieht. Im Interview spricht MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann über das Konzept, seine Wunschinvestitionen und die Aussichten auf dem CDU-Parteitag.

Herr Linnemann, Sie wollen das Thema Steuersenkungen auf dem CDU-Parteitag zum Thema machen. Wen wollen Sie entlasten und warum?

Carsten Linnemann: Wir wollen eine Grundsatzentscheidung darüber erreichen, wie wir in Zukunft mit dem Geld der Bürger umgehen. Ein Jahr vor der Bundestagswahl muss vom Parteitag das Signal ausgehen, dass jetzt wieder die Mitte der Gesellschaft an der Reihe ist. Denn die hart arbeitende Bevölkerung der Mittelschicht ist zuletzt viel zu kurz gekommen.

Woran machen Sie das fest?

Zum einen steigen seit Jahren die Belastungen bei Steuern und Abgaben. Vor allem gestiegene Lohnnebenkosten haben der Mittelschicht viel abverlangt. Der Spitzensteuersatz dagegen ist immer bei derselben Summe geblieben. Das führt dazu, dass die fleißige Mitte in diesem Land überproportional belastet wird.

Zum anderen gibt es auch eine gefühlte Abstiegsangst. Die Euro- und die Flüchtlingskrise hat zu einer Entfremdung der Politik von den Bürgern geführt und die

politische Atmosphäre verschlechtert. Die Menschen sorgen sich um ihre Altersversorgung, den Arbeitsplatz oder den sozialen Abstieg. Viele Bürger, mit den denen ich spreche, sagen mir: „In unserem Land geht es nicht mehr gerecht zu.“ Deshalb brauchen wir ein Deutschlandpaket, das spürbare Entlastungen für die „echte“ Mitte bringt.

Ist für Entlastungen überhaupt Spielraum da?

Der Staat hat in den vergangenen Jahren so viele Steuern eingenommen wie nie zuvor. Das Steueraufkommen wird auch in den kommenden Jahren von Rekord zu Rekord klettern: von heute rund 700 Milliarden Euro auf über 800 Milliarden Euro im Jahr 2021. Das zeigt: Der Spielraum für Entlastung ist da. Es ist an der Zeit, dass der Staat den Bürgern etwas zurückgibt. Worauf wollen wir noch warten?



Trotzdem sind in Deutschland Tausende Brücken marode und es gibt Orte, wo jede zweite Schultoilette defekt ist. Ist das nicht dringlicher?

Genau da setzt unser Deutschlandpaket an. Steuersenkungen und Investitionen werden häufig gegeneinander ausgespielt. Entweder heißt es, es sei kein Geld da, oder es wird gesagt, Investitionen seien wichtiger. Damit muss endlich Schluss sein. Das Deutschlandpaket ist die Antwort für beides: Entlastungen und Investitionen. Zusätzlich sieht unser Konzept

sogar noch Maßnahmen zum Schuldenabbau vor.

Wie soll das gelingen?

Das Deutschlandpaket setzt eine klare Aufteilung: Ein Drittel der Steuereinnahmen muss für eine Steuerstrukturreform verwendet werden, die alle Steuerzahler – vor allem mittlere Einkommen und Familien mit Kindern – entlastet. Das zweite Drittel soll in zusätzliche Investitionen in Infrastruktur, Innovation und Bildung fließen. Das verbleibende Drittel soll für unvermeidliche Ausgabensteigerungen und den Schuldenabbau verwendet werden. Hinter dem ersten Drittel, den Steuersenkungen, verbirgt sich unser im August vorgestelltes MIT-Steuerkonzept. Wir fordern in drei Stufen zunächst die deutliche Anhebung des Werbungskostenpauschbetrags. In der zweiten Stufe wollen wir die Grenzsteuersätze bei unteren und mittleren Einkommen absenken und den Spitzensteuersatz weg vom Durchschnitt hin zu höheren Einkommen verschieben. Die dritte Stufe sieht die Anhebung des Grundfreibetrags für Kinder auf Erwachsenenniveau und eine Erhöhung des Kindergeldes vor.

Zurück zu den Investitionen: Welche sieht die MIT als vordringlich an?

Neben der Verkehrsinfrastruktur muss allen voran in die digitale Infrastruktur investiert werden. Die Digitalisierung treibt eine Zeitenwende in unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt voran und ist entscheidend für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Investitionen müssen daher zum Beispiel in den Aufbau des neuen 5G-Mobilfunknetzes und den Glasfaserausbau fließen. Es muss unser Ziel sein, bis 2025 alle Autobahnen und Bundesstraßen und mindestens die 20 wichtigsten Wirtschaftsräume an das 5G-Netz anzuschließen. Statt in rückständige Vectoring-Technologien müssen wir in Glasfaser investieren. Hier fordern wir als MIT schon lange, dass der Bund seine Telekom-Aktien verkauft und die Erlöse

in einen Breitband-Fonds steckt. Gleichzeitig müssen wir unsere Schulen besser ausstatten. In einem Sonderprogramm „Digitales Lernen“ sollen bis 2022 alle Klassenräume mit Smartboards, Laptops für jeden Schüler und digitalen Bildungsangeboten für Fernunterricht ausgestattet werden. Auch hierzu haben wir einen Antrag zum CDU-Parteitag eingebracht.

Wie wollen Sie Ihre Partei davon überzeugen?

Dass die Spielräume für Entlastungen da sind, bezweifelt auch dank unseres Einsatzes als MIT kaum jemand. Sowohl unsere Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble haben Entlastungen in Aussicht gestellt. Die Grundbereitschaft in der Partei ist also da. Diese Bereitschaft wollen wir mit dem Deutschlandpaket konkret mit Leben füllen. Wir wollen nicht irgendetwas entlasten, sondern die Mitte unserer Gesellschaft, und das nicht statt sondern zusammen mit Investitionen und Schuldenabbau. So machen wir unser Land fit für die Zukunft. Es kommt jetzt auf uns als MIT an, vor und auf dem Parteitag für unser Konzept zu werben. Auf dem Parteitag werden wir symbolische Deutschlandpakete verteilen: ein kleines Paket mit unseren Forderungen und einer kleinen Überraschung.

CDU-Parteitag:

Der Bundesparteitag der CDU findet vom 6. bis 7. Dezember in Essen statt. Neben Antragsberatungen stehen Neuwahlen des Bundesvorstands und des Präsidiums auf dem Programm. Das in der Regel jährliche Treffen der 1000 Parteitagsdelegierten zieht noch einmal so viele Gäste, Journalisten und Aussteller an. Auch die MIT ist mit einem eigenen Stand vertreten (Foyer B in der Grugahalle).



Ausgebremst

Seit anderthalb Jahren gilt in Deutschlands Ballungsräumen die Mietpreisbremse. Doch die Bremse bremst nicht so recht. Können Mieter überhaupt davon profitieren, wenn der Staat durch die Deckelung von Mieterhöhen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft aushebelt?

Am 1. Juni 2015 trat die viel diskutierte Mietpreisbegrenzung bei der Wiedervermietung (Mietpreisbremse) in Kraft. Das Gesetz sollte den Anstieg der Mieten vor allem in Ballungsräumen begrenzen. Immer mehr Menschen ziehen dorthin, wo Wohnraum knapp und damit teuer wird. Der Anstieg der Mieten wurde gesetzlich begrenzt, indem die Miete bei Neuvermietung nur zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen darf. Die Vergleichsmiete wird über den örtlichen Mietspiegel ermittelt. Wo es keinen Mietspiegel gibt, können alternativ Vergleichsmietdatenbanken von Vermieter- und Mieterverbänden zur ortsüblichen Miete herangezogen werden. Um den Neubau von Wohnraum nicht auszubremsen, sind Neubauten von

der Mietpreisbremse ausgenommen. Außerdem fallen Wohnungen nach umfassenden Sanierungen nicht unter die Regelung. Diese Ausnahme ist aber nur bei der ersten Vermietung nach der Sanierung wirksam. Eine umfassende Sanierung muss ein Drittel eines vergleichbaren Neubaus kosten, damit der Vermieter die Ausnahme nutzen darf.

Die Mietpreisbremse nutzt den Falschen

Die Idee, Wohnraum für alle bezahlbar zu machen, klingt erst einmal plausibel. Doch bei einer näheren Betrachtung kann die Vorstellung von günstigen Mieten durch staatliche Regulierung dem Realitäts-Check nicht standhalten. Denn das grundlegende Problem mangelnden Wohnraums konnte die Mietregulierung nicht beheben: Mieten steigen nur dort, wo die Nachfrage das Angebot übersteigt. Doch durch die Einführung der Mietpreisbegrenzung wurde das Angebot nicht größer. Durch die künstliche Verbilligung von Wohnraum konkurriert nun eine größere Zahl von Personen um günstigen Wohnraum. Vor allem Perso-

nengruppen mit hohem Einkommen profitieren von der Mietpreisbremse, da sie sich aufgrund ihrer Solvenz gegen einkommensschwächere Gruppen durchsetzen können und günstigen Wohnraum mieten können. Für den Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Parlamentskreises Mittelstand, Christian von Stetten, ist die Mietpreisbremse deshalb „blanker Aktionismus“. „Nur ein besseres Investitionsklima und höhere Abschreibungsmöglichkeiten führen zu mehr Wohnraum und damit zu stabilen Mietpreisen“, so von Stetten.

Auch hinsichtlich der Qualität von Wohnraum erweist die Mietpreisbremse Bewohnern günstigen Mietraums einen Bärendienst. Eigentümer halten sich mit Investitionen in Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zurück – denn für Baukosten gibt es natürlich keine Kostenbremse. Somit werden Investitionen auf die Zukunft verschoben und auf das notwendige Maß reduziert. Leidtragende sind wieder Mieter mit niedrigem Einkommen. Diese sind von den Folgen einer Mietpreisregulierung am stärksten betroffen, wie Er-

fahrungen im Ausland (unter anderem in Österreich) zeigen: Vermieter wählen verstärkt nach dem sozialen Status aus, verlangen überhöhte Abstandszahlungen für Mobiliar, beispielsweise für Küchen, oder sie verkaufen an Selbstnutzer, wodurch der Wohnungsmarkt schrumpft. Gleichzeitig tun sich viele potenzielle Mieter schwer, eine adäquate Wohnung zu finden und sind eher geneigt, Wohnraum zu kaufen. Die niedrigen Zinsen befeuern diese Dynamik. Die verstärkte Eigentumsbildung wiederum beschleunigt die Entwicklung von Eigentümern, Wohnungen zu verkaufen. Ein Kreislauf, der unkontrolliert zu einer Blasenbildung des Immobilienmarktes führen kann.

Wirkung der Mietpreisbremse verpufft

Die bisherige Bilanz der Mietpreisregulierung fällt also nüchtern aus: Statt die Mietpreise in Ballungsräumen einzudämmen, steigen sie unvermindert weiter. Zu diesem Ergebnis kommt auch ein vom Deutschen Mieterbund in Auftrag gegebenes Gutachten. In Berlin, Hamburg, München und Frankfurt lagen zwischen 66 und 95 Prozent aller untersuchten Wohnungsangebote über der Obergrenze der Mietpreisbremse, und zwar um 28 bis 49 Prozent. „Viele Vermieter ignorieren offensichtlich die gesetzlichen Vorgaben und Mieter trauen sich nur vereinzelt, den Gesetzverstoß zu rügen und Ansprüche zu stellen“, teilt Ulrich Ropertz, Geschäftsführer des Mieterbunds, mit.

Ein Blick Richtung Wien hilft dabei, die Systemfehler der Mietpreisbremse zu erkennen. In Österreich gibt es Mietpreisregulierungen seit etwa 100 Jahren. Für Wien beträgt die Richtwertmiete 5,39 Euro pro Quadratmeter. Es werden aber Zuschläge für die Lage, Ausstattungen und Alter der Wohnungen fällig. Die Systematik ähnelt den Mietspiegeln in Deutschland. Die künstliche Verbilligung von Wohnraum führte in Wien dazu, dass Mietwohnungen in attraktiven Altbauten und in bester Lage bezahlbar blieben. Wer so günstigen Wohnraum bekommt, gibt ihn natürlich freiwillig nicht wieder her. Als Konsequenz leben

oftmals vor allem ältere Singles in sehr großen Wohnungen, während junge Familien deutliche beengter wohnen und eine höhere Miete zahlen müssen. Da die Mietpreisregulierung die Mietrendite auf 1,1 Prozent gedrückt hat, ziehen sich viele Vermieter aus dem Mietmarkt zurück und verkaufen ihre Wohnungen an Selbstnutzer. Eine Entwicklung, die mit der Mietpreisbremse auch in Deutschlands Ballungsräumen droht.

Eine Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln für Berlin und Köln zeigt, dass sich die Mietpreisbremse faktisch wie ein Mietstopp auswirkt. Erschwerend kommt bei der deutschen Mietpreisbremse hinzu, dass das Instrument der ortsüblichen Vergleichsmiete sehr intransparent ist. Es ist schließlich nicht so einfach, die Vergleichsmiete für ein bestimmtes Objekt zu identifizieren – ein Grund, warum die Regelung von vielen Vermietern und Mietern schlichtweg ignoriert wird.

SPD will Mietpreisbremse verschärfen

Als ob die derzeitigen Begleiterscheinungen nicht schon schlimm genug wären, arbeitet die SPD an einer Verschärfung der Mietpreisbremse. In einem Papier fordern die Sozialdemokraten, dass Vermieter dazu verpflichtet werden sollen, die Vormiete automatisch offenzulegen. Zudem sollen

Mietpreiserhöhungen nach Modernisierungen eingeschränkt werden. Ein Vorschlag, der die Investitionsfreudigkeit von Vermietern weiter hemmen dürfte. Der Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Jan-Marco Luczak macht deutlich: „Wir dürfen die Rahmenbedingungen für die Investition in Wohnungsneubau und Modernisierung nicht verschlechtern. Eine Verschärfung der Mietpreisbremse – wie sie die SPD plant – lehnen wir ab.“

Nur der Neubau von Wohnraum könne die Bezahlbarkeit auch für einkommenschwächere Gruppen sichern. Luczak: „Die Mietpreisbremse ist ein Instrument, um kurzfristig den Anstieg der Mieten zu dämpfen. Langfristig ist aber nur der Bau neuer Wohnungen ein wirksames Mittel, um steigende Mieten erfolgreich zu bekämpfen.“ Die Mietpreisbremse war ein gut gemeinter Versuch, um Wohnraum bezahlbar zu machen. Doch allein auf Verbote zu setzen reicht nicht, wenn der Kern des Problems, fehlender Wohnraum in Ballungsräumen, nicht nachhaltig behoben wird. Dass das mit Rot-Rot-Grün nicht einfacher werden dürfte, zeigen die Pläne der neuen Berliner Landesregierung, große Wohnungsbauprojekte ersatzlos zu streichen. Den Mietern und damit bezahlbaren Mietpreisen wird damit sicher kein Gefallen getan.

Richard Praetorius



Zeitarbeit und Werkverträge



Der Bundestag hat nach jahrelanger Debatte ein Gesetz zur Regulierung von Zeitarbeit und Werkverträgen beschlossen. Was ändert sich und welche Ausnahmen werden zugelassen?

Hintergrund

Was ist Zeitarbeit?

Mit Zeitarbeit ist ein Dreiecksverhältnis zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und einem dritten Unternehmen gemeint. Dabei ist der Arbeitnehmer fest bei einem Zeitarbeitsunternehmen oder Personaldienstleister angestellt und wird von diesem bezahlt, arbeitet jedoch bei einem anderen Unternehmen. Diese Form der Beschäftigung hilft Unternehmen, flexibel zu bleiben und kurzfristig auf betriebliche Herausforderungen zu reagieren. Aber auch die Zeitarbeitnehmer profitieren, weil sie schnell und unbürokratisch in den Arbeitsmarkt integriert

werden können, dazulernen und ihre Jobperspektiven verbessern. Sie bekommen von ihrem Zeitarbeitsunternehmen ihr Gehalt weitergezahlt, selbst wenn sich vorübergehend kein Entleihbetrieb findet, in dem sie arbeiten. In Deutschland sind fast eine Million Menschen als Zeitarbeiter beschäftigt.

Was sind Werkverträge?

Ein Werkvertrag ist im juristischen Sinne zunächst ein Vertrag, durch den sich ein Unternehmer zur Herstellung eines Werks und ein Besteller zur Bezahlung des Werks verpflichtet. Dabei kann es sich um handwerkliche Arbeiten, kreative Dienstleistungen oder auch Hilfsarbeiten handeln. Entscheidend beim Werkvertrag ist die Qualität des Werks.

Wo liegt das Problem?

Kritiker bemängeln, dass Zeit-

arbeiter nicht immer genau wie regulär Beschäftigte bezahlt werden. Manche befürchten, dass reguläre Jobs verdrängt werden. Das Bundesarbeitsministerium wirft Unternehmen zudem vor, Verträge missbräuchlich als Werkverträge zu titulieren, während tatsächlich Zeitarbeit praktiziert wird.

Die Änderungen

Höchstdauer

Das neue Gesetz, das am 1. April 2017 in Kraft tritt, soll vor allem die Dauer der Zeitarbeit und den Missbrauch von Werkverträgen beschränken. Künftig dürfen Zeitarbeiter nur noch maximal 18 Monate im gleichen Betrieb arbeiten. Wird ein Zeitarbeiter länger beschäftigt, ist das Unternehmen zur Übernahme des Mitarbeiters verpflichtet. Eine Unterbrechung der Beschäftigung muss mindestens

drei Monate dauern, sonst werden die Beschäftigungszeiten zusammengezählt. Abweichungen von der 18-Monats-Grenze nach oben sind durch Tarifverträge möglich. Dies ist vor allem bei langlaufenden Projekten notwendig, wie der Entwicklung komplexer Maschinen oder Fahrzeuge, wofür Zeitarbeiter manchmal mehrere Jahre im gleichen Betrieb beschäftigt sind. Nicht tarifgebundene Unternehmen können durch Betriebsvereinbarungen von einer Öffnungsklausel Gebrauch machen, allerdings nur bis zu einer Überlassungshöchstdauer von 24 Monaten. Durch diese Regelungen sollen sich in den Unternehmen Betriebsvereinbarungen stärker durchsetzen.

Gleiche Bezahlung

Zeitarbeiter müssen in Zukunft nach neun Monaten gleich bezahlt und unter gleichen Arbeitsbedingungen beschäftigt werden. Abweichungen sind auch hier durch Tarifvertrag möglich: Eine ungleiche Bezahlung darf für maximal 15 Monate erfolgen, wenn der Zeitarbeiter anschließend wie ein vergleichbarer Arbeitnehmer derselben Branche bezahlt wird. Es gilt ferner eine sechswöchige Einarbeitungsphase. Anschließend muss die Bezahlung stufenweise an das Entgelt der Stammbesellschaft angepasst werden. Auch hier gilt, dass Arbeitsunterbrechungen von unter drei Monaten addiert werden.

Keine Streikbrecher

Unternehmen ist es in Zukunft untersagt, Zeitarbeiter gezielt einzusetzen, um Streiks ins Leere laufen zu lassen. Andernfalls drohen Geldbußen bis zu 500.000 Euro.

Missbrauch von Werkverträgen

Unternehmen sollen Werkverträge nicht mehr als Zeitarbeit tar-

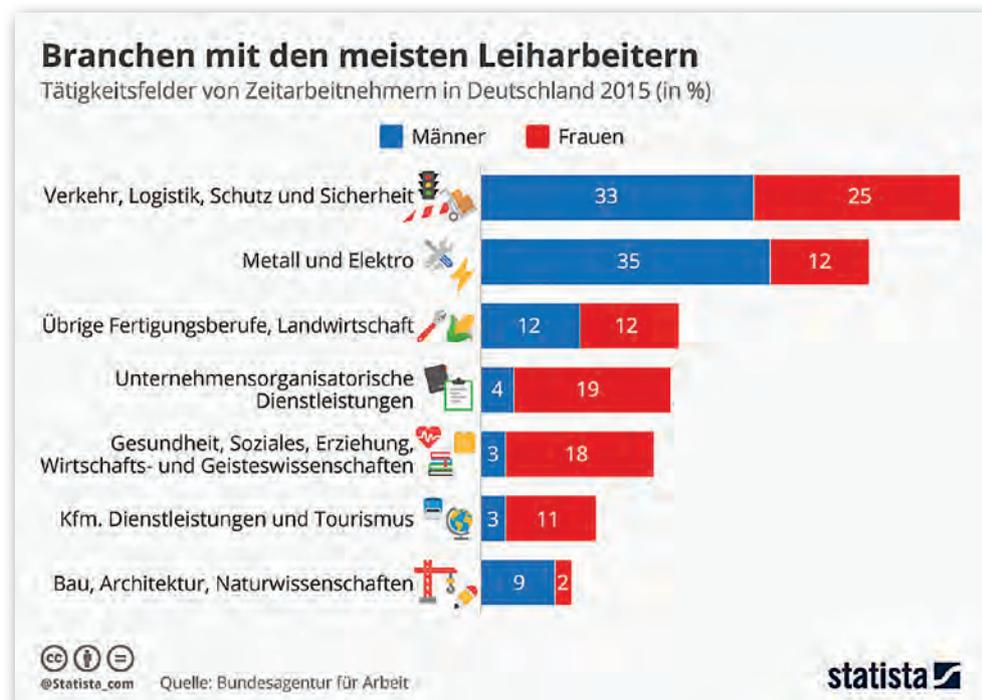
nen können. In Zukunft muss die Überlassung von Arbeitnehmern im Vertrag ausdrücklich als solche bezeichnet werden. Andernfalls begehnen das verleihende und das entleihende Unternehmen eine Ordnungswidrigkeit. Damit sollen Scheinwerkverträge und verdeckte Arbeitnehmerüberlassung verhindert werden. Zudem definiert in Zukunft das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), wer Arbeitnehmer ist. Des Weiteren erhalten Betriebsräte mehr Informationsrechte hinsichtlich der eingesetzten Werkverträge im Betrieb. Sie müssen über den Einsatz von Zeitarbeitern und Werkauftragsnehmern unterrichtet werden.

Bewertung

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) hat die deutlichen Verbesserungen im Vergleich zum ersten Gesetzentwurf begrüßt. „Auch wenn wir Regulierung in dem Bereich grundsätzlich für unnötig und sogar schädlich halten, sind wir

froh, die schlimmsten Einschränkungen verhindert zu haben“, sagt MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. Mit dem nun beschlossenen Gesetz könnten die meisten Unternehmen leben. Der ursprüngliche Entwurf war auf deutlichen Widerstand unter anderem durch die MIT gestoßen. Eigentlich sollte ein Kriterienkatalog die Abgrenzung zwischen Werkverträgen und Scheinselbstständigkeit erleichtern. „Wir freuen uns, dass der völlig praxisferne und schädliche Kriterienkatalog weggefallen ist“, sagt Linnemann: Der Katalog hätte viele übliche und unkritische Werkvertragskonstellationen erschwert und damit der Wirtschaft sehr geschadet, ohne Arbeitnehmern zu nutzen. Die MIT begrüßt außerdem, dass auch nicht tarifgebundene Unternehmen Zeitarbeiter länger als 18 Monate beschäftigen können, wenn sie auf entsprechende Ausnahmeregelungen eines Tarifvertrags in Betriebs- oder Dienstvereinbarungen Bezug nehmen. Das war ursprünglich nicht vorgesehen.

Hubertus Struck



PRO: Dritter Entgeltpunkt muss kommen!

Die Große Koalition hat einen Teil der „Mütterrente“ umgesetzt: Jeder Frau, die vor 1992 ein Kind bekommen hat, werden für die Erziehung dieses Kindes in der Rentenversicherung von nun an zwei Jahre angerechnet. Das ist gut so, denn deren Rentenerwartung schmolz mit jeder Rentenreform dahin. Die Anerkennung von Ausbildungszeiten entfiel, die Altersgrenze für Frauen wurde der der Männer angeglichen, das Rentenniveau wurde abgesenkt, bei den Witwenrenten wurde eigenes Einkommen angerechnet. Gleichzeitig wurden für die nach 1992 geborenen Kinder der jüngeren Kolleginnen drei Entgeltpunkte in der Rente gutgeschrieben.



Notburga Kunert (61) ist verheiratet und hat vier erwachsene Kinder. Sie ist staatlich geprüfte Erzieherin. Das MIT-Mitglied engagiert sich als CDU-Gemeinderatsmitglied in Much, als Mitglied des Kreistags und als stellvertretende Landrätin im Rhein-Sieg-Kreis.

Jedes Kind ist gleich viel wert und daher brauchen wir die gleiche Anerkennung der Kindererziehungszeiten für alle Mütter! In der „Babyboomer-Generation“ gab es für junge Frauen keine Rückkehr-Garantie in den Beruf bis zu drei Jahren nach der Entbindung. Kein Elterngeld. Keinen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr des Kindes. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen waren starr und gestückelt und bestenfalls mit einer kurzen Teilzeitstelle zu vereinbaren. Die jungen Frauen in Westdeutschland konnten daher als Mütter vielfach nicht erwerbstätig sein.

Steigende Mütterrenten führen zu steigenden Rentenausgaben, aber: Mit keiner anderen Maßnahme können Gerechtigkeitslücken in der Rentenversicherung so zielgenau geschlossen werden. Anstelle der alten „Rente nach Mindestentgeltpunkten“ ist die „Rente mit Mütterpunkten“ die bessere Variante einer Lebensleistungsrente, die solidarisch Erziehung als Rentenleistung anerkennt. Die oft genannten Milliarden-Summen, die der dritte Punkt in der Mütterrente kosten würde, führen nur zu unmerklichen Beitragssatzsteigerungen – denn es geht nur um die Spanne bis zum Jahr 1992. Das Argument, die jüngere Generation überproportional zu belasten, kann nicht überzeugen.



Sollte die M ausgeweite

Vor zweieinhalb Jahren hat die große Koalition die „Mütterrente“ eingeführt. Für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, verbessert sich seitdem die Rente um einen zusätzlichen Rentenpunkt pro Kind. Nun diskutiert die

IHRE MEINUNG ZÄHLT

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite frage können Sie darüber abstimmen, ob gehoben werden sollten. Über das Enderg MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch www.mit-bund.de/newsletter kostenlos a



(Foto: Fotolia)

Mütterrente t werden?

Bundesregierung eine weitere Ausweitung der Mütterrente. Das Für und Wider wollen auch wir diskutieren: Sollte die Mütterrente ausgeweitet werden? Die Beiträge geben die persönliche Meinung der Autoren wieder.

! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage die EU-Sanktionen gegen Russland auf dem Ergebnis der Umfrage informieren wir Sie im Newsletter. Wenn Sie ihn nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de abonnieren.

CONTRA: Falsche Weichenstellung

Laut aktuellem Alterssicherungsbericht ist unsere heutige Rentergeneration sehr gut versorgt. Nur drei Prozent der über 65-Jährigen sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Dies zeigt auch, dass unser Drei-Säulen-System bei der Rente eine gute Absicherung im Alter ermöglicht. Damit auch zukünftige Generationen eine auskömmliche Rente im Alter bekommen, stehen wir aktuell vor der Herausforderung, unser Rentensystem weiterhin zukunftsfest, das heißt generationsgerecht zu gestalten.

Gerade in Zeiten, in denen wir über die Vorbeugung von Altersarmut und die künftige Ausgestaltung von Rentenniveau und Rentenbeitragssatz sprechen, ist eine Ausweitung der Mütterrente der falsche Weg. Bereits die in dieser Legislatur beschlossene Mütterrente belastet mit jährlichen Extrakosten von sechs Milliarden Euro unsere Rentenkasse und sorgt für ein Absinken der Reserven. Eine nochmalige Ausweitung mit zusätzlichen 6,5 Milliarden Euro würde die Lage unseres umlagefinanzierten Systems weiter verschärfen. Zudem profitieren von diesem Vorschlag nicht jene Rentnerinnen, die wir vor Altersarmut schützen wollen. So wird die Mütterrente mit der Grundsicherung im Alter verrechnet. Schließlich ist es eine versicherungsfremde Leistung, die Entscheidungen der Vergan-

genheit honoriert, aber nichts für die Nachhaltigkeit der künftigen Rente tut.

Wir müssen bei all unseren politischen Entscheidungen den Blick immer auch auf jene richten, die dieses System zukünftig finanzieren. Die junge Generation hat ein Recht darauf, sich mit bezahlbaren Beiträgen eine angemessene Altersvorsorge zu erarbeiten. Die Mütterrente ist daher teuer, rückwärtsgewandt und Ausdruck einer falschen rentenpolitischen Weichenstellung.



Jana Schimke (37) ist Diplom-Politikwissenschaftlerin und seit 2013 direkt gewählte Bundestagsabgeordnete. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales liegt ihr Schwerpunkt in der Renten- und Beschäftigungspolitik. Sie ist Fachsprecherin für „Arbeit“ im Bundesvorstand der MIT.



Foto: Kohl

VW Touareg Ein souveränes Oberklassen-SUV

Kraftstrotzend und komfortabel: Der VW Touareg, 3-Liter-Diesel, V6 mit 262 PS

Der Touareg vereint die Komforteigenschaften eines souveränen Oberklasse-SUV mit den Offroad-Eigenschaften anspruchsvoller Geländewagen, deren Zulassungszahlen auch anderer Hersteller ungebrochen nach oben gehen. Schon vor zwei Jahren hat Volkswagen den Touareg optisch geschärft und technisch in allen Bereichen weiterentwickelt. Dazu gehören sparsamere und zum Teil stärkere V6 TDI-Motoren mit Kat und EU-6-Zertifizierung sowie ein verbessertes Fahrwerkslayout.

Besonders im Fokus der technischen Weiterentwicklung standen und stehen die V6-TDI-Motoren, da in Europa mehr als 90 Prozent aller Touareg mit einem der zwei angebotenen V6-TDI-Leistungsstufen gekauft werden. Ebenfalls neu an Bord der V6 TDI ist eine Segelfunktion (Freilauf). Während des „Segelns“ wird der Motor von der serienmäßigen 8-Gang-Automatik entkoppelt, um in Phasen ohne Beschleunigungsbedarf die kineti-

sche Energie zu nutzen und so den Verbrauch weiter zu senken. Aerodynamische Feinarbeit im Bereich der Karosserie und des Unterbodens sowie die Einführung neuer, rollwiderstandsoptimierter Reifen wirken

sich ebenfalls kraftstoffsparend aus. Der Verbrauch zum Beispiel unserer Testversion mit 193 kW (262 PS) lag bei rund acht Litern (Werksangabe 6,6 l/100 km, analog 174 g/km CO₂).

Günter F. Kohl



Foto: VW

Übersicht, helle Farben und edle Materialien prägen das Cockpit des Touareg

Jaguar XF

Sportlich und komfortabel



Foto: Jaguar

Solche Umgebung hat der Jaguar XF eigentlich nicht verdient – aber die Werksfotografen lieben wohl den Kontrast

Zum Modelljahr 2017 erweitert Jaguar das Programm der Sportlimousine Jaguar XE sowie der Business-Limousine Jaguar XF um neue Allradvarianten. Die Preise des XE20d AWD starten bei 41.900 Euro; ein XF 20d AWD steht ab 47.660 Euro in der Preisliste.

Auch wenn die meisten Kunden an einem Jaguar unverändert das vom Heckantrieb geprägte Fahrerlebnis schätzen, kommt die

britische Marke mit den neuen AWD-Versionen für XE und XF der weltweit steigenden Nachfrage nach 4x4-Fahrzeugen entgegen. Die Zeitspanne für den Wechsel von Heck- zu Allradantrieb erfolgt blitzschnell und für den Fahrer völlig unbemerkt in gerade einmal 165 Millisekunden. Dank ausgeklügelter Kontrollsysteme kann der Fahrer über den gesamten Geschwindigkeitsbereich seinen Jaguar selbst unter schwierigsten Bedingungen sicher

manövrieren. Jaguar bietet die 20d-AWD-Varianten des XE und XF in nunmehr fünf statt zuvor vier Ausstattungsstufen an. Neu hinzugekommen ist die besonders hochwertig ausgestattete British Design Edition. .

Der XF spricht sowohl Luxus verwöhnte als auch sportliche Fahrertypen an und muss sich auf der Straße mit dem AUDI A6, dem 5er BMW oder der E-Klasse von Daimler messen lassen. Geradezu einen automobilen Ritterschlag erfuhr der Jaguar XF von den Kollegen der FAZ. Sie schrieben ihm ins Bordbuch: „Für Menschen ohne Geschäftsabsichten ist der XF nicht Business Class, sondern erste Wahl. Denn er ist mehr als die motorisierte Verbindung zwischen zwei Verabredungen. Er ist die Auszeit zwischen zwei Terminen. Eine Stiloase im Tabellenleben. Mehr Jaguar war noch nie.“ Donnerwetter, da werden sich die indischen Eigentümer von Tata aber freuen!

G.K.

Anzeige

DRIVE YOUR STYLE

RX UND NX – SUV MADE BY LEXUS

489 €²

mtl. Leasingrate
inkl. Wartung und Verschleiß

619 €¹

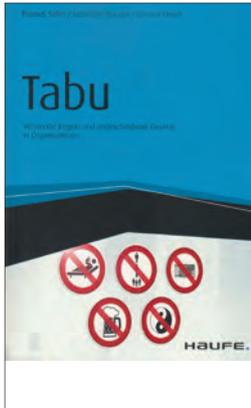
mtl. Leasingrate
inkl. Wartung und Verschleiß

Mehr unter lexus-businessplus.de

LEXUS BUSINESS PLUS



RX 450h: Gesamtsystemleistung 230 kW (313 PS). Kraftstoffverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert 5,5-5,3/5,5-5,2/5,5-5,2 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 127-120 g/km. CO₂-Effizienzklasse A+. NX 300h: Gesamtsystemleistung 145 kW (197 PS). Kraftstoffverbrauch innerorts/außerorts/kombiniert 5,4-5,1/5,2-5,0/5,3-5,1 l/100 km, CO₂-Emissionen kombiniert 123-116 g/km. CO₂-Effizienzklasse A+. Abb. zeigt Sonderausstattungen. ¹Unser Lexus Service Leasing Angebot* für den RX 450h Business Edition, Leasingsonderzahlung 0 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtlauflistung 30.000 km, 36 mtl. Raten à 619,00 €. ²Unser Lexus Service Leasing Angebot* für den NX 300h Business Edition, Leasingsonderzahlung 0 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtlauflistung 30.000 km, 36 mtl. Raten à 489,00 €. *Ein **unverbindliches** Angebot von Lexus Financial Services (eine Geschäftsbezeichnung der Toyota Leasing GmbH), Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartungen, Verschleißteile und -reparaturen). Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH (Lexus Division), Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Februar 2016, zzgl. MwSt., zzgl. **Überführung**. Dieses Angebot ist nur für Gewerbekunden gültig. Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 31.12.2016. Individuelle Preise und Finanzangebote bei den teilnehmenden Lexus Vertragshändlern.

24 ► **BÜCHER** für Sie gelesen von Günter F. Kohl**Tabu**

Broschur, 204 S., 29,95 Euro
ISBN 978-3-648-09074-9
Haufe Verlag

Was haben Mario Barth, Mario Basler und Mario Draghi gemeinsam? Sie alle verdanken einen Teil ihrer Bekanntheit der Tatsache, dass sie Tabus gebrochen haben. Barth schreckt nicht davor, Witze über seine Frau zu machen, Basler braucht ziemlich alle Sportler, die man sich denken kann und Draghi lebt mit dem Zinsen-Tabubruch ohne Skrupel. Manche Tabubrüche lösen halt Diskussionen aus, lenken die Aufmerksamkeit auf wichtige Themen (oder Produkte) und sind daher sinnvoll.

**Compliance für KMU**

Behringer
Broschur, 300 S., 34,95 Euro
ISBN 978-3-503-16758-6
Erich Schmidt Verlag

Wachsende Regelungsdichte, neue Haftungsfragen für Führungskräfte und Prokuristen, aber auch einige beispiellose Unternehmensskandale haben den Mittelstand immer stärker für Compliance-Themen sensibilisiert – und so erheblich zur Professionalisierung mittelständischer Compliance-Systeme beigetragen. Dieser Band bietet dem interessierten Leser viele Tipps und Checklisten aus juristischer und betriebswirtschaftlicher Sicht.

**Lassen Sie sich nicht über den Tisch ziehen!**

Kart., 192 S., 29,- Euro
ISBN 978-3-8029-4007-1
Walhalla Verlag

Unter Druck setzen, täuschen, übertreiben: Schon vor 2000 Jahren mussten Platon und Aristoteles feststellen, dass nicht jeder Gesprächspartner fair argumentiert. Der Autor legt ein packendes Handbuch für den Umgang mit skrupellosen Verhandlungspartnern heute vor. Dabei liefert ihm die Eristik (Lehre vom Streitgespräch) wertvolle Techniken und Impulse für Situationen im beruflichen und privaten Alltag. Er bietet dazu spannende Stories statt trockener Lehrsätze.

**Zwei Seiten der Erfahrung**

Geb., 125 S., 24,95 Euro
ISBN 978-3-8497-0119-2
Carl-Auer Verlag

Wird man aus Erfahrung klug – wie das Sprichwort sagt? Der Autor James G. March untersucht, welchen Einfluss die Mehrdeutigkeit von Erfahrung auf die Entwicklung von Intelligenz in Organisationen und Individuen hat. Unter Fachleuten ist der Amerikaner kein Unbekannter. Einer seiner Kritiker schrieb über ihn, er sei das, was Miles Davis für den Jazz ist, sozusagen ein Guru der Gurus.

Shades of Fifty

Sandra Schönthal
Hardc., 160 S., 19,90 Euro
Orac Verlag

Die Unterzeile zum Titel weist den Weg zum Inhalt: „Wenn kein Hahn mehr nach Dir kräht!“ – ein selbstironischer und kritischer Blick auf den Jugendwahn in unserer Gesellschaft. Klischee für Klischee demontiert die Autorin die Illusionen über ewige Jugend, denen Frauen nachhängen, und kommt zu dem Schluss: Pfeif drauf! Du bist so alt, wie Du Dich fühlst, mach das Beste draus!

Kalender-Edition

Dumont-Verlag
Drucktechnische Spitzenleistungen zu erschwinglichen Preisen bietet seit Jahren der Dumont Kalenderverlag. Ob Broschüren-, Kunstdruck oder Foto-Kalender, für nahezu jeden Geschmack und in vielen verschiedenen Größen ist für jeden etwas dabei. Wir haben herausgegriffen den Teddybär-Kalender (nicht nur für Kinder), den traditionellen Kalender mit Motiven von Emil Nolde und den großformatigen Kalender (58 x 48 cm) mit Fotos verschiedener Meere.

Wem gehört die Zeit?

Martin Seiler
Geb., 200 S., 31,10 Euro
ISBN 978-3-7910-3648-9
Schäffer Poeschel Verlag

Nine to five oder Laptop im Park? Dazwischen gibt es auch andere, innovative Arbeitszeitmodelle, wie die Autoren dieses Buches eindrucksvoll darlegen. Junge, gut ausgebildete Fachkräfte wollen heute mehr als einen Dienstwagen. Ihnen geht es um die Chance, beruflichen Erfolg und ein selbstbestimmtes Leben unter einen Hut zu bringen. Flexible Arbeitszeiten stehen dabei ganz oben auf der Wunschliste. Dies erläutern Praktiker und Wissenschaftler.

Exzellente Personalauswahl

Thomas Vökl
Geb., 224 S., 24,80 Euro
ISBN 978-3-943879-05-6
SchmidtColleg Verlag

Der Autor, nach eigenen Angaben Hochseilgartentrainer, Verknüpfer, Gesprächsführer, Kirchenmusiker und Gesundheitsmanager – dies alles zusammen, verfügt über führende Kompetenzen und setzt dort an, wo das Potenzial der Zukunft liegt, nämlich beim Personal. Er beschreibt die kleinen und großen Details der Mitarbeitersuche mit exzellentem Mehrwert für das Unternehmen.



ABC des Mietrechts

K.-F. Moersch
Broschur, 273 S.
ISBN 978-3-8029-3236-6
Walhalla Verlag

Für Vermieter ist das deutsche Mietrecht mitunter ein einziges Ärgernis, weil Gesetzesänderungen häufig zugunsten der Mieter erfolgen und viele Gerichte eher ein Herz für Mieter statt für Immobilieneigentümer haben. Und anschließend wundert sich die staunende Öffentlichkeit über ein zurückgehendes Wohnungsangebot und steigende Mietpreise, weil private Investoren abgeschreckt werden. Für die Mutigen, die es dennoch wagen, ist dieses Taschenbuch eine aktuelle Hilfe.

New Work – gute Arbeit gestalten

Geb., 270 S., 49,95 Euro
ISBN 978-3-648-09067-1
Haufe Verlag

Der Wandel der Arbeitswelt stellt Unternehmen und vor allem deren Führungskräfte vor neue Herausforderungen. Dieses Buch zeigt, wie man mit psychologischem Empowerment die zentralen Personalthemen im Unternehmen optimieren kann. So soll gute Arbeit bei Personalauswahl, Personalentwicklung, Arbeitsgestaltung, Führung und Organisationsentwicklung gelingen. Hier liefert jemand das Rüstzeug für das Personalmarketing der Arbeitswelt 4.0.



Inside Duisburg Marxloh

Broschur, 224 S., 17,95 Euro
ISBN 978-3-280-05634-9
Orell Füssli Verlag

Eine Stadt verkommt, ein Stadtteil kippt, wer kann, haut ab. Vermüllte Häuser, verängstigte Bewohner, kriminelle Elemente. Wird Duisburg-Marxloh zu Deutschlands erster No-go-Area – oder ist der Stadtteil dies sogar schon? Der Autor und Rechercheur Franz Voll war monatelang in Marxloh unterwegs. Er hat mit Einwohnern gesprochen, mit Zuwanderern, Prominenten, Politikern und Polizisten. Sein Fazit: Von Marxloh lernen, heißt anderswo die gleichen Fehler zu vermeiden.

Wie man wird, wer man sein kann

Kart., 238 S., 19,95 Euro
ISBN 978-3-8497-0102-4
Carl-Auer Verlag

29 in diesem Buch ausgiebig erläuterte Regeln zur Persönlichkeitsbildung sollen helfen, die eigene Persönlichkeit zu überprüfen und voranzubringen. Sie sind dabei eher als Denkpulse zu verstehen denn als rigide Anweisungen. Und wenn der Autor am Ende seines leicht verständlichen Buches mit der Regel Nr. 29 alle vorherigen wieder einkassiert, so ist das nur schlüssig. Die letzte Regel lautet: „Misstraue den 28 Regeln und komme ohne sie aus!“



Der islamische Kreuzzug und der ratlose Westen

Hardcover, 288 S., 19,95 Euro
ISBN 978-3-280-05636-3
Orell Füssli Verlag

Radikale Islamkritik hat es hierzulande schwer, wird sie doch stets des Rassismus und des Fremdenhasses verdächtigt. Dies be- und verhindert jegliche ergebnisoffene Diskussion. Der Autor Samuel Schirmbeck findet dies skandalös und sucht geradezu die Auseinandersetzung mit der Linken, die den Umgang mit Muslimen tabuisiert. Für Schirmbeck bedeutet Islamkritik Schutz vor den menschenverachtenden Auswüchsen des Islam, die sich nicht nur gegen Andersdenkende, sondern auch gegen Millionen Musliminnen und Muslime richten.

Das Balladenbuch

Frank T. Zumbach
Kart., 30,- Euro
ISBN 978-3-411-16053-2
Artemis & Winkler

Diese Sammlung von über 750 spannenden, schaurigen, anrührenden und oft auch erheiternden Balladen umfasst die schönsten Beispiele der Gattung von ihren Anfängen bis heute. So schlägt sie einen Bogen von Klassikern wie Goethe und Schiller über Droste-Hülshoff Kleist bis zu Brecht, Kreisler und Kirsch, birgt aber auch unbekanntere Schätze. Das Vorwort bietet überdies eine kenntnisreiche Einführung in die Geschichte und Themen der Balladen.



Slow Food Genussführer

Hardc., 600 S., 24,95 Euro
ISBN 978-3-865-81809-6
Oekom Verlag

Dieser Restaurantführer der anderen Art hebt ab auf regionale Küche und den Verzicht auf künstliche Geschmacksverstärker. Ob dies in allen Fällen gelingt, immerhin gibt es allein 502 Restaurantempfehlungen und 45 biozertifizierte Adressen, mag bezweifelt werden, aber ein Anhalt ist der Führer trotzdem. Nach Bundesländern gegliedert, ein umfangreiches Namensverzeichnis und ein ABC der regionalen Spezialitäten – alles hilfreiche Ergänzungen auf der Suche nach dem „anderen Essen“.

Die Tomate und das Paradies

Hardc., 12,99 Euro
ISBN 978-3-411-76966-7
Duden Verlag

Wissen Sie, warum man Maultaschen auch „Herrgottsbscheißerle“ nennt? Oder kennen Sie die Geschichte, die sich hinter „Noahs Pudding“ verbirgt, oder ahnen Sie, woher das Wort „Cocktail“ stammt? Dann sollten Sie dieses Büchlein lesen, denn es kredenzet allein, die gern kochen und genießen, ein üppiges Menü aus sprachlichen Kuriositäten, Raffinessen und Besonderheiten rund ums Essen mit Fachbegriffen aus Küchen und Kulinarik.

Leser fragen – wir antworten

Rechtliche Themen beherrschen unseren Alltag und prägen verstärkt das Miteinander im Berufs- wie im Privatleben. Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden – eine E-Mail genügt. Wir werden ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten, Position beziehen, über rechtliche Kuriositäten berichten oder aktuelle rechtliche Themen vorstellen.

Aber Achtung: Wir leisten keine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten und Fachanwälten vor Ort.

Religion und Religionszugehörigkeit sind gerade angesagte Themen. Das gilt nicht nur für die Flüchtlingsfrage. Die Kirchen klagen über sinkende Mitgliedszahlen und sind dankbar für jedes neue Kirchenmitglied. Die Frage unserer Leserin Martina M. knüpft genau dort an. Was passiert eigentlich, wenn die Eltern eines minderjährigen Kindes keine Einigung darüber erzielen können, ob ihr Kind getauft werden soll.

Grundsätzlich gilt: Die Zugehörigkeit des Kindes zu einer Kirche, Fragen zur Taufe und einer religiösen Erziehung dürfen die Eltern bei ge-

meinsamen Sorgerecht nur gemeinsam entscheiden. Gehen die Meinungen auseinander, so bestimmt das Familiengericht einen Elternteil, der dann alleine entscheiden darf.

Aber: Keine Regel ohne Ausnahme! Das Oberlandesgericht Karlsruhe hat es in einem Beschluss vom 3.5.2016 (20 UF 152/15) abgelehnt, eine solche Bestimmung zu treffen. Bei einem dreijährigen Kind sei es nicht geboten, dieses bereits endgültig in eine Religionsgemeinschaft zu integrieren. Die Richter appellierten vielmehr an die religiöse Toleranz der Eltern, damit ihr Kind keinen unnötigen Spannungen ausgesetzt werde. Kluge Worte, die hoffentlich von beiden Elternteilen gehört werden.



Während einer Gerichtsverhandlung darf die Saaltür nicht verschlossen sein

Manchmal erlebt man als Rechtsanwalt Dinge im Gerichtssaal, die man bis dahin nur aus juristischen Lehrbüchern kannte. So war ich neulich in einer Strafverhandlung, in der nach einigen Stunden festgestellt wurde, dass die Eingangstür zum Zuschauerraum verschlossen war. Das klingt profan, rüttelt aber an den Grundfesten unseres Rechtssystems.

Gerichtsverfahren finden in Deutschland öffentlich statt. Dieser Satz steht nicht im Grundgesetz,

kann aber Art. 6 I der Europäischen Menschenrechtskonvention (faïres Verfahren) entnommen werden. Dort heißt es, dass Presse und Öffentlichkeit während des ganzen oder eines Teiles des Verfahrens ausgeschlossen werden können. Im Umkehrschluss: Grundsätzlich wird öffentlich verhandelt. Ausnahmen gibt es für Jugendstrafverfahren, Familien- und Unterbringungssachen.

Wird die Öffentlichkeit jedoch zu Unrecht ausgeschlossen, so hat die Verteidigung einen absoluten Revisionsgrund auf ihrer Seite. § 338 Nr. 6 StPO lautet: „Ein Urteil ist stets als auf einer Verletzung des Gesetzes beruhend anzusehen, wenn das Urteil auf Grund einer mündlichen Verhandlung ergangen ist, bei der die Vorschriften über die Öffentlichkeit des Verfahrens verletzt sind.“

Eine Gerichtsverhandlung ist dann öffentlich, wenn potenzielle Zuhörer die Möglichkeit des Zutritts haben. Und das ist wortwörtlich gemeint. Der tatsächliche Zutritt zum Verhandlungsraum muss garantiert sein. Und darüber hinaus müssen Zeit und Ort des Termins außen am Gerichtssaal auf der „Terminrolle“ verzeichnet sein. Nur so weiß der Bürger, was hinter der Saaltür passiert.

Aufgrund der verschlossenen Tür entschied die Strafkammer in meinem Gerichtstermin, die Verhandlung am Nachmittag von vorne beginnen zu lassen. Das erscheint auf den ersten Blick lästig und überreagiert. Es ist aber Ausdruck eines gerade in diesen Zeiten gar nicht hoch genug zu haltenden Rechtsstaats.



Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar, stellt sich den Fragen unserer Leser



Wenn sich Eltern nicht auf ein Religionszugehörigkeit für ihr Kind einigen können ...

EU-Check

**Irrwitzige Verordnung
oder sinnvolle Richtlinie?
In dieser Rubrik bewerten
unsere EU-Experten des
PKM Europe regelmäßig
neue EU-Vorhaben**



„Erasmus+“ verstärkt für Auszubildende

„Erasmus+“ ist eine Erfolgsgeschichte der Europäischen Union. Das EU-Bildungsprogramm fördert die Mobilität von Studenten, Auszubildenden, Schülern und Bildungspersonal in Europa. Bis zum Ende des Jahres wird das EU-Parlament eine Halbzeitbilanz vornehmen. Gerade bei der beruflichen Bildung gibt es noch Aufholbedarf. In Deutschland sind etwa 4,7 Prozent der Lehrlinge international mobil – das vorgegebene Ziel der Bundesregierung liegt bei zehn Prozent bis 2020. Für die zweite Hälfte des Förderprogramms fordert das EU-Parlament deshalb eine verstärkte Sichtbarkeit von Erasmus+ für Auszubildende.

Dennoch sollte gerade die Programmsparte für berufliche Bildung einen stärkeren Fokus auf kleinere Projekte legen, sodass noch mehr kleine und mittlere Unternehmen mit wenigen Ressourcen teilnehmen können. Zu diesem Zweck müssen Antragsverfahren sowie Abrechnungs- und Berichtsmodalitäten einfacher gestaltet werden.

Geiselnahme CETAs

Besonders kleine und mittelständische Unternehmen würden von CETA profitieren. Mit dem Abkommen können Zertifizierungsstellen in der EU die Prüfung der Marktzulassung nach kanadischen Bestimmungen vornehmen und umgekehrt. Das vereinfacht Marktzulassungen erheblich. Für Unternehmen entfallen unnötige doppelte Testverfahren. Zudem können europäische Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen auch auf Provinz- und Kommunalebene teilnehmen. CETA könnte eine Erfolgsgeschichte sein. Stattdessen wurde CETA von politischen Opportunisten wie Sigmar Gabriel oder dem wallonischen Sozialisten Paul Magnette als Geisel für innenpolitische Machtspiele benutzt. Der Leidtragende ist die EU und ihr Ansehen als handlungsfähige Gemeinschaft. Eine Besinnung der jeweiligen politischen Ebenen auf ihre Kernkompetenzen ist deshalb sinnvoll. Eine wirkungsvolle Handelspolitik in einem gemeinsamen Binnenmarkt kann nur europäisch geregelt werden. Eine Blockade von Freihandelsabkommen durch einzelne Staaten oder Regionalparlamente muss der Vergangenheit angehören.



Die Jury



Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

Jahrestage für Dezember 2016

Mit dieser Chronik will das Mittelstands-Magazin an wissenswerte Ereignisse, Geburts- und Gedenktage aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erinnern, die in diesem Monat „runden“.

01.12.



1966: Erste Große Koalition im Deutschen Bundestag (vor 50 Jahren). im Bild Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger



07.12.

1941: Japanischer Luftangriff auf Pearl Harbor (vor 75 Jahren)



08.12.

1991: Ende der UdSSR und Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) (vor 25 Jahren)

11.12.

1941: Kriegserklärung Deutschlands an die USA (vor 75 Jahren)

11.12.

1946: Gründung des Kinderhilfswerks UNICEF (vor 70 Jahren)

16.12.

1976: Entführter Richard Oetker wird nach Lösegeldzahlung freigelassen (vor 40 Jahren)



20.12.

1916: Anbringung des Schriftzuges „Dem Deutschen Volke“ am Reichstagsgebäude (vor 100 Jahren)

Fotoinweise:

Foto: Bundesarchiv, Norbert Aepli/Wikipedia

Über 200 Gäste beim ersten Wirtschaftsempfang der MU Oberbayern



Volles Haus am heiligen Berg der Bayern, in Andechs: Staatsministerin Emilia Müller, MIT-Chef Dr. Carsten Linnemann und Unternehmerin Sabine Herold sprachen vor über 200 Gästen aus Wirtschaft und Politik über Brexit, Ceta, TTIP und die Folgen für Mittelstand und Arbeitsplätze. Mit dabei aus dem Bundestag MU-Vorstandsmitglied Dr. Andreas Lenz, MdB, aus dem Landtag Ute Eiling-Hütting, MdL, der Starnberger Landrat Karl

Roth und der stellvertretende Hauptgeschäftsführer der IHK für München und Oberbayern, Peter Kammerer. Eine sehr gelungene Premiere für das neue Vorstandsteam der MU Oberbayern um Bernhard Kösslinger, Walentina Dahms, Dr. Thomas Gepert, Richard Graßl, Heidrun Hausen und Dr. Andreas Lenz, MdB.

MU Fürstenfeldbruck: Wohin führt die Niedrigzinspolitik?



„Auswirkungen der Niedrigzinspolitik auf Bürger, Mittelstand und Banken“ – zu diesem Thema lud die MU Fürstenfeldbruck mit ihrem Vorsitzenden Hans Lais zu einem Vortrag von Walter Müller, Vorstandsvorsitzender der Volksbank Fürstenfeldbruck. Der Finanzexperte gab den zahlreichen Zuhörern im Brucker Brauhaus einen interessanten Einblick in die problematische Niedrigzinspolitik des EZB-Präsidenten Mario Draghi. Dessen Umgang mit Spareinlagen sorgt derzeit vor allem in Deutschland für Beunruhigung. Dies liege vor allem an Draghis Credo „Whatever it takes“. Müller zeigte die verschiedenen Profiteure und Leidtragenden der Null-Zins-Politik in Deutschland anhand von verschiedenen Rechenmodellen und Zahlenspielen auf. Hierbei wurde klar, dass die kontroverse Politik der EZB vor allem die deutschen Sparer trifft. Auch die Banken gehören zu den Leidtragenden, da sie auf dem Kapitalmarkt durch das Zinsgeschäft kaum noch lukrative Gewinne erwirtschaften können. Nutznießer dieser Politik seien wiederum der Immobilienmarkt, Eigentümer und größere Firmen. Nichtsdestotrotz, so Müller, erscheint die derzeitige Vorgehensweise der EZB, die so genannte „finanzielle Repression“, alternativlos. Denn die einzige andere Möglichkeit wäre ein drastischer Schuldenschnitt, der zu einem „Zusammenbruch des Finanzsystems“ führen würde. Die Nullzinspolitik ist ein Experiment mit ungewissem Ausgang.

Digitalisierung Thema bei der MU München-Land



Über Chancen und Risiken der Digitalisierung sprachen der Leiter des Cyber-Allianz-Zentrums beim Bayerischen Verfassungsschutz, Michael George und der IT-Unternehmer und MU-Fachausschussleiter Martin Kneer bei einer gemeinsamen Veranstaltung der MU München-Land und der CSU Garching bei München – bemerkenswert: MU-Vorsitzender Rudolf Denzel und CSU-Vorsitzender Jürgen Ascherl konnten viele neue Gäste begrüßen – ein Zeichen für eine gelungene, spannende und informative Veranstaltung.

Mittelstandstag der MU Niederbayern in Passau



Rund 100 geladene Unternehmer und als Ehrengast den bayerischen Finanzminister Dr. Markus Söder begrüßten der Bezirksvorsitzende der MU Niederbayern, Peter Erl und der Kreisvorsitzende der MU Passau, Klaus Fiedler, vor der beeindruckenden Kulisse des „Fürstenbaues“ zum Mittelstandstag der MU Niederbayern in Passau.

Der Mittelstandstag leitete mit einer Gesprächsrunde mit Vertretern aus Gastronomie und Gaststättengewerbe ein. Die Teil-

nehmer beklagten die aus ihrer Sicht ausufernde Praxis der Arbeitszeitregelungen und Finanzprüfungen durch den Staat. Dadurch seien ihre Betriebe inzwischen häufig einem „Generalverdacht“ ausgesetzt. Auch Peter Erl warnte ausdrücklich vor einer „Kriminalisierung des Mittelstandes“. Söder räumte in diesem Sinne ein „Zuviel an Bürokratie“ ein und versicherte ein Entgegenkommen von Seiten der Staatsregierung.

Im anschließenden Vortrag mit Diskussion legte der Finanzminister anschaulich dar, wie der bayerische Mittelstand in Zukunft entlastet und gefördert werden sollte. Denn dieser hat schließlich einen Löwenanteil daran, dass die bayerische Wirtschaft derart brummt. Daher wird sich die CSU einer geplanten „Steuererhöhungsfront“ zur Bundestagswahl 2017 klar entgegenstellen.

DEHOGA Bayern und MU Cham sprechen zum Thema Tourismus



Die Situation im Hotel- und Tourismusbereich stand im Mittelpunkt des Gesprächs von Mittelstands-Union und JU Cham im Hotel Brunner Hof in Arnschwang. MU-Kreisvorsitzende Ingrid Weindl begrüßte dazu besonders den Präsidenten der DEHOGA Bayern, Ulrich Brandl sowie dessen neuen Geschäftsführer Dr. Thomas Geppert und die Abgeordneten Gerhard Hopp, MdL und Karl Holmeier, MdB.

MU Roth zu Besuch bei LUXHAUS



Im Rahmen der Betriebsbesichtigungen der MU Roth wollten die Mitglieder erfahren wie ein Unternehmen aktiv zur Energieeffizienz beiträgt.

Geschäftsführer Dirk Adam erklärte die Möglichkeiten zur Energieeffizienz, die durch den Hauptgrundstoff Holz, der Wärmepumpentechnik sowie der „Climatic-Wand“ (Eigenerfindung von LUXHAUS) erreicht wird. Durch diese innovative Technik verlassen jährlich annähernd 300 Einfamilienhäuser die Produktion ins gesamte Bundesgebiet als auch in die Schweiz, Österreich und Luxemburg. Produziert aber wird nach wie vor ausschließlich im fränkischen Georgensgmünd.

Landwirtschaft verdient Bekenntnis



MIT Neukirchen-Vluyn

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann, hat auf Einladung der MIT Neukirchen-Vluyn vor 140 Landwirten und weiteren Gästen über das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft und Verbraucherschutz gesprochen. Dabei arbeitete Gitta Connemann auch die Verantwortung von Verbrauchern und Politik an der aktuellen Misere heraus. Kritik richtete sie ebenso an die Landwirte und rief zu mehr Flexibilität und Transparenz auf. Aus erster Hand berichtete sie über den von der Union initiierten Pakt für die Landwirtschaft, der Liquiditätshilfen, Kreditbürgschaften und Steuererleichterungen bringen soll.

Parlamentarischer Abend



MIT Harburg-Land

Mit den wirtschaftspolitischen Verflechtungen zwischen Deutschland und Polen hat sich die MIT Harburg-Land beschäftigt. Höhepunkt des Parlamentarischen Abends am Grill war der Vortrag von Dr. Jacek Robak, gesandter Botschaftsrat aus Berlin, der in der polnischen Botschaft Abteilungsleiter der Abteilung für Handel und Investitionen ist. Mit seinen fundierten Ausführungen ließ er seine Zuhörer deutlich differenzierter auf die Wirtschaft Polens blicken. Als einziges europäisches Land konnte Polen während der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 sogar Wirtschaftswachstum erzielen.

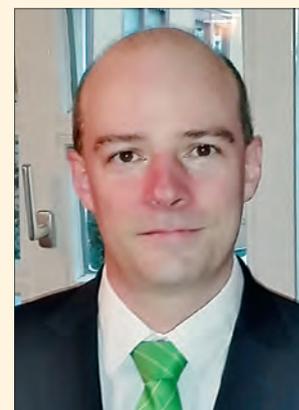
Offshore-Windparks in der Nordsee



MIT Wittmund

Auf Einladung der MIT Wittmund unter dem Vorsitz von Rainer Kiank kamen zahlreiche Interessierte in Norddeich zum Thema „Offshore-Windparks“ zusammen. Der dänische Energiekonzern Dong Energy verschaffte vor Ort einen Überblick über den im Oktober 2015 eingeweihten und etwa 37 Kilometer vor der Nordseeinsel Borkum gelegenen Windpark Borkum Riffgrund 1 und die im Bau befindlichen Anlagen Gode Wind 1 und 2. Nach einer neun- bis zwölfjährigen Planungs- und Bauphase und einer ein- bis zweijährigen Netzanschlussphase betrage die Betriebsphase 20 bis 25 Jahre, so der Managing Director von Dong Energy Deutschland, Martin Neubert.

After Business Talk zu Datensicherheit



MIT Stuttgart

Tobias Flaig, Bereichsleiter der IT-TEM GmbH, hat beim 74. After Business Talk der MIT Stuttgart die Auswirkungen der heutigen digitalen Welt auf den Einzelnen aufgezeigt und damit auch dieses Mal die MIT-Mitglieder gefesselt. Flaig erläuterte, dass es auf dem freien Online-Markt für jeden Hacker eine Art „Gelbe Seiten“ mit Adressen von Firmen mit Sicherheitslücken gebe. Flaigs Rat: „Gehen Sie sparsam mit Ihren Daten um. Seien Sie Pessimist, dann sind Sie weniger angreifbar. Im Laufe der nächsten zehn Jahre wird das Leben noch digitaler werden.“

NEU

Nutzen auch Sie die Möglichkeit, auf der Internet-Seite Bund und gegebenenfalls im MittelstandsMagazin über Veranstaltungen, Initiativen und politischen Erfolge zu informieren. Bitte reichen Sie Ihre Beiträge über unser Online-Formular ein.
www.mit-bund.de/basis

Herausforderung Energiewende Wirtschaftsstammtisch in Ferropolis



MIT Mannheim

Das Großkraftwerk Mannheim produziert Strom für mehr als 2,5 Millionen Menschen, Gewerbe und Industrie sowie Fernwärme für rund 120.000 Haushalte. Bei einer Besichtigung konnte sich die MIT Mannheim ein umfassendes Bild des Großkraftwerkes mit seinem imposanten Block 9 verschaffen. „Auch mittelfristig wird es nicht gelingen, den Energie- und Wärmebedarf durch erneuerbare Energien zu sichern“, sagte MIT-Kreisvorsitzender Alexander Fleck, „sodass Investitionen in neue Technologien auch im Bereich der fossilen Brennstoffe weiterhin unerlässlich bleiben.“ Durch neue und effiziente Anlagen werde es zusätzlich gelingen, die CO₂-Emissionen deutlich zu reduzieren.

„Employer Branding“ für Unternehmen



MIT Hemer

Die MIT Hemer hat Unternehmer und weitere Entscheidungsträger eingeladen, um über das Thema „Employer Branding“ (dt. Arbeitgebermarkenbildung) zu informieren. Andree Susewind, Regionalleiter der Debeka Versicherung betonte, dass diese unternehmensstrategische Maßnahme Firmen einen Marktvorteil verschaffen könne. Es gehe darum, als Arbeitgeber attraktiver zu werden, um sich von Wettbewerbern positiv abzuheben. Da es Unternehmen aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmend schwerer falle, qualifizierte Mitarbeiter zu finden ist eine langfristig ausgerichtete Personalplanung hilfreich, um künftige Personalengpässe zu vermeiden. Susewind sagte, dass betriebliche Krankenversicherung und Altersvorsorge nachhaltige Maßnahmen für die Mitarbeiterbindung seien.

der MIT
Ihre Ver-
formieren.
mular ein:



MIT Gräfenhainichen

Die MIT Gräfenhainichen war zu Gast im stillgelegten Tagebau Ferropolis. Die „Stadt aus Eisen“ ist heute ein Freiluftmuseum und ein europaweit bekannter Festivalstandort. Jedes Jahr macht der Wirtschaftsstammtisch der MIT dort Halt. Thies Schröder, Geschäftsführer der Ferropolis GmbH, referierte über die abgelaufene Festivalsaison, in der „Melt!“ und „Splash!“ die herausragenden Veranstaltungen waren. Natürlich wurde auch über brisante Themen gesprochen, wie die notwendige Konservierung der Tagebaugroßgeräte. Hier müsse demnächst an der Standsicherheit nachgearbeitet werden.

Landesmittelstandstag der MIT Thüringen



MIT Thüringen

Neben Neuwahlen stand beim 27. Landesmittelstandstag der MIT Thüringen insbesondere die geplante Kreis- und Gebietsreform zur Diskussion. Hier sprach sich die MIT für eine Funktional- und Verwaltungskritik aus. Zudem forderte die MIT eine Entbürokratisierung des Vergaberechtes und eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems. In einem Grundsatzpapier wurden wichtige Handlungsfelder für den Mittelstand wie Digitalisierung, Steuerreform und Energiepolitik erarbeitet. Der neue Landesvorstand besteht aus dem wiedergewählten Landesvorsitzenden Gerd Albrecht, seinen Stellvertretern Mathias Hasecke, Peter Hengstermann, Clarsen Ratz und Petra Thieme, dem Landesschatzmeister Steffen Peschke sowie 14 Beisitzern.

Ich bin in der MIT, weil ...

„... der Mittelstand als Zugpferd und Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft eine starke Stimme und Unterstützung braucht.“

„... weil mein Verband in erster Linie mittelständische Unternehmen vertritt und ich helfen möchte, die Rahmenbedingungen dieser Unternehmen zu verbessern.“

„... der deutsche Mittelstand mehr denn je gefragt ist, die aktuellen Aufgaben und Probleme im zivilen und wirtschaftlichen Alltag zu lösen. Jede helfende Hand zählt!“

Johannes Wehner



Der Patentanwalt Johannes Wehner wuchs im Fuldaer Land auf und studierte nach seinem Abitur zunächst Rechtswissenschaften mit wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung in Bayreuth. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen studierte er dann Chemie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel mit anschließender Promotion. Die Ausbildung zum Patentanwalt absolvierte Wehner in einer Münchner Kanzlei, parallel dazu erwarb er einen Master im gewerblichen Rechtsschutz an der Universität von Liverpool. Seit Anfang 2016 arbeitet Wehner als selbstständiger Patentanwalt. Er hat sich im Juni in Fulda als erster Patentanwalt in der Region Ostthessen niedergelassen. Vor Ort berät und unterstützt er kleine und mittelständische Unternehmen der Region in allen Bereichen des gewerblichen Rechtsschutzes. In seiner Freizeit engagiert sich Wehner in verschiedenen Vereinen, wo er bereits Positionen auf Bundesebene übernommen hat. Ehrenamtlich legt Wehner seinen Schwerpunkt auf die Förderung von Studenten und jungen Unternehmen.

Johannes Wehner ist im September 2016 der MIT Fulda beigetreten.

Ralf Schmitz



Ralf Schmitz (56) ist Hauptgeschäftsführer des Verbands Deutscher Metallhändler e.V. (VDM), einem mittelständischen Branchenverband mit Standorten in Berlin, Brüssel und Wien. Der 1907 gegründete Verband repräsentiert rund 80 Prozent des Nichteisen-Metallhandels in Deutschland und Österreich mit rund 25.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von etwa 30 Milliarden Euro. Schmitz arbeitete bereits in den siebziger Jahren als Schüler und Student bei der MIT-Bundesgeschäftsstelle in Bonn. Gleichzeitig war er Gründungsmitglied der Schüler Union, deren Bonner Kreisverband mit mehr als 600 Schülern er zwei Jahre leitete. Nach Bundeswehr und zwei Juraexamen war er vier Jahre Büroleiter des Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneten Dirk Fischer, bevor er 1995 als Referent zum VDM wechselte. Nach seiner Berufung zum Hauptgeschäftsführer im Jahr 2006 verlegte er den Verbandssitz von Bonn nach Berlin, 2007 eröffnete er das VDM Büro in Brüssel. Seit 2013 ist der VDM – selbstverständlich mit Mittelstandsthemen - auch in Wien aktiv.

Ralf Schmitz ist im Oktober 2016 in die MIT Berlin Mitte eingetreten.

Oliver Jolmes



Oliver Jolmes (49) hat nach einem Elektrotechnik-Studium in Dortmund einige Jahre in Hongkong gelebt, ist aber als gebürtiger Arnberger dem Sauerland immer treu verbunden geblieben. Entsprechend ist er in seiner Heimatstadt Neheim-Hüsten ehrenamtlich engagiert. Mit seiner Ehefrau Bettina und drei Töchtern (15, 11 und 7 Jahre) lebt er heute in Neheim.

Beruflich verantwortet Oliver Jolmes als Prokurist und Mitglied der Geschäftsleitung der Alfons Rüschenbaum GmbH unter anderem den Vertrieb des Unternehmens. Internationale Erfahrung und Kontakte sind auch heute noch wichtige Grundlage für die weltweiten Geschäfte mit Kabeln, Steckverbindern und Verdrahtungen.

In Zeiten verschwimmender Grenzen und fehlender Mehrheiten sieht Jolmes immer mehr die Gefahr mangelnder Entscheidungsfreudigkeit und zielführender Orientierung. Umso größer ist für ihn die Bedeutung der MIT, die der Wirtschaft, den Unternehmen, aber auch den Bürgern festen Halt und eine klare Richtung geben kann.

Oliver Jolmes ist im Oktober 2016 in die MIT Hochsauerland eingetreten.

BLEIBEN SIE INFORMIERT MIT DEM MIT:NEWSLETTER!
Schreiben Sie eine E-Mail an mail@mit-bund.de und Sie erhalten zukünftig elektronische Post aus dem Berliner Regierungsviertel. Alle 14 Tage informieren wir Sie über Initiativen, Inhalte und Interna der MIT. Selbstverständlich dienen Ihre Daten ausschließlich der Verwendung durch die MIT und werden nicht an Dritte weitergegeben.



NEUES AUS DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE



Faltblatt zur Flexi-Rente

ALTER NEU DENKEN
SO FUNKTIONIERT
DIE FLEXI-RENTE



Nach der Verabschiedung des Flexi-rentengesetzes im Oktober 2016 haben wir ein sechsseitiges Faltblatt aufgelegt. Sie können den Flyer als Verband, Unternehmen oder Einzelperson in unserer Bundesgeschäftsstelle bestellen. Mit der Flexi-Rente zeigen wir, dass die MIT in der Lage ist, politische Vorhaben in die Tat um-

zusetzen. Bitte senden Sie uns Ihre Bestellung über folgenden Link: www.mit-bund.de/flexi-flyer. Sie haben die Möglichkeit, folgende Mengeneinheiten zu bestellen: 100 Stk. (11 Euro), 200 Stk. (16 Euro), 300 Stk. (21 Euro) und 400 Stk. (26 Euro). Alle Preise inkl. Versandkosten.

MIT auf dem CDU-Parteitag in Essen



Besuchen Sie unseren Messestand auf dem CDU-Parteitag vom 6. bis 7. Dezember in Essen! Die MIT-Delegiertenvorbereitung findet bereits

am 5. Dezember statt (18-19:30 Uhr, BKK Landesverband Nordwest, Hatzper Str. 36 in Essen). Am MIT-Stand halten wir für Sie das Deutschlandpaket (siehe Interview auf Seite 14) zum Mitnehmen bereit: Unsere Forderungen nach einer umfassenden Steuerreform, verpackt mit einer kulinarischen Überraschung.

Nächste Ausgabe

Die nächste Ausgabe des MittelstandsMagazins erscheint wegen eines umfangreichen Relaunches Ende Februar 2017.

MIT in den Medien

„Der Wirtschaftsflügel von CDU/CSU will verhindern, dass die Politik den Autofahrer in Zukunft die Art des Antriebs vorschreibt. [...] Ziel seien emissionsfreie Mobilitätskonzepte.“

MIT zum drohenden Verkaufsstopp für herkömmliche Autos ab 2030, 8. November, Stuttgarter Nachrichten

„Ich bin für eine Diskussion über ein Punktesystem offen. Die Regeln für die Einwanderung in den Arbeitsmarkt sind kompliziert und für Bewerber wie Arbeitgeber schwer durchschaubar. Sie in einem Einwanderungsgesetz zu bündeln ist ein Vorteil und kann helfen, 1000 offene Fachkräftestellen im Jahr schneller zu besetzen. Voraussetzung dafür ist die strikte Trennung von Asyl- und Einwanderungsgesetz. Denn da wird aktuell bunt durcheinandergewürfelt“.

Carsten Linnemann zum Einwanderungsgesetz, 7. November, FAZ

„Wir haben als große Koalition die schweigende Mitte der Gesellschaft deutlich vernachlässigt.“

Carsten Linnemann zu Steuersenkungen, 3. November 2016, Die Welt

„Wir müssen Rentenversprechen im Wahlkampf tunlichst vermeiden und aufhören, Geld mit der Gießkanne zu verteilen. Stattdessen müssen wir die Probleme einzelner Gruppen zielgerichtet angehen.“

Carsten Linnemann zur Rentenpolitik, 26. Oktober, Die Welt



Der Bundesvorsitzende unterwegs...

8. Dezember, 19:30 Uhr

Christina Schwarzer MdB & MIT Neukölln

„Rückgrat der deutschen Wirtschaft - Was tun wir für den kleinen Mittelstand?“
Berlin

7. Januar, 18:00 Uhr

JU & MU Landshut-Stadt

„Mittelstandspolitik in Deutschland - Quo vadis?“
Landshut

8. Januar, 10:00 Uhr

MU Altötting & Stephan Mayer MdB

„Wirtschaftspolitik in Deutschland - Antworten der MIT“
Altötting

9. Januar, 18:30 Uhr

MIT Ahrweiler

„Deutschland 2017 - Quo vadis?“
Sinzig-Bad Bodendorf

10. Januar, 16:00 Uhr

MIT Wetterau

„Flexi-Rente, kalte Progression u. Co. - wie die MIT Politik gestaltet!“
Wetterau

10. Januar, 18:30 Uhr

MIT Frankfurt, Offenbach-Land und -Stadt, Main-Taunus und Hochtaunus

„Impulse für den Deutschen Mittelstand - Wirtschaftspolitik neu denken“
Bad Homburg

11. Januar, 19:00 Uhr

MIT Rinteln

„Die machen eh was sie wollen - Wut, Frust, Unbehagen - Politik muss besser werden.“
Rinteln

23. Januar, 18:00 Uhr

MIT Magdeburg

„Deutschland 2017 - Bilanz und Ausblick“
Magdeburg

2. Februar, 18:00 Uhr

Maria Michalk MdB & MIT Bautzen

„Zukunft gestalten - wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben“
Bautzen

7. Februar, 19:00 Uhr

Stephan Albani MdB & MIT Oldenburg

„Impulse für den Deutschen Mittelstand - Wirtschaftspolitik neu denken“
Oldenburg

8. Februar, 11:00 Uhr

KDStV Rheinland zu Köln im CV & MIT Köln

„Bericht aus Berlin - Aktuelle Themen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“
Köln

8. Februar, 19:00 Uhr

Wilfried Oellers MdB & MIT Heinsberg

„Verantwortungsvoller Umgang mit dem Mittelstand im ländlichen Raum“
Heinsberg

9. Februar, 13:00 Uhr

Nina Warken MdB & MIT Main-Tauber-Kreis

„Der Mittelstand als Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland“
Tauberbischofsheim

17. Februar, 18:00 Uhr

Alois Gerig MdB & MIT Neckar-Odenwald-Kreis

„Politik und Wirtschaft - Parallelwelten?“
Mosbach

20. Februar, 19:30 Uhr

Julia Klöckner MdL

„Europa - Quo vadis?“
Bad Kreuznach



Ein Schmierstück aus dem Land zwischen den Meeren

TITEL „WIE MAN PARTEI- UND POLITIKERVERDROSSENHEIT STEIGERT“

Der Puppenspieler

Der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki, Fraktionsvorsitzender im Landtag von Schleswig-Holstein, der sich gern in die Personalpolitik der CDU einmischt und des Öfteren den CDU-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 7.5.2017 abqualifizierte

Die Kulissenschieber

Die SH-CDU, die sich in sechs Jahren fünf Landesvorsitzende geleistet und vier Fraktionschefs verschlissen hat

Die Strippenzieher

Wackere Mobbing-Experten im Landesvorstand der CDU-SH und ein Institut namens INSA, bei dem man „repräsentative Umfragen“ für 900 Euro pro Frage kaufen kann

Mit über 90 Prozent wurde vor zwei Jahren der CDU-Bundestagsabgeordnete und KPV-Bundesvorsitzende Ingbert Liebing (53) zum Landesvorsitzenden der Nord-CDU gewählt, später auch zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2017. Er mühte sich redlich um Präsenz, Kompetenz und Bekanntheit, begleitet von einem latenten Grummeln im Untergrund, ob das wohl gut gehe.

Mitte Oktober beteiligte sich die Kubicki-FDP an einer Umfrage des INSA-Instituts (Hermann Binkert, MIT-Mitglied) mit drei Fragen zu Bekanntheitsgrad, Kompetenz und Ministerpräsidenten-Fähigkeit der Spitzenkandidaten. Bei der MP-Frage sprachen sich 38 Prozent für den Amtsinhaber Albig aus, 21 Prozent für Kubicki (!), aber nur neun Prozent für den CDU-Mann Liebing.

Wenige Tage später wurden die Werte öffentlich (u.a. über FOCUS, zu dem FDP-Chef Kubicki seit Jahren beste Beziehungen unterhält) mit dem Tenor

„Umfrage-Desaster für den CDU-Spitzenkandidaten“.

Die CDU-Spitze nahm den Ball (natürlich mit dem Ausdruck größter Betroffenheit) auf, und zwei Tage später trat Liebing von beiden Ämtern zurück: „Ich hatte das Gefühl, auf zu vielen Schlachtfeldern gleichzeitig kämpfen zu müssen – und das ohne die notwendige Unterstützung in der engsten Führung von Partei und Fraktion.“

Mittlerweile hat die Nord-CDU einen neuen Parteichef und Spitzenkandidat, den bisherigen Landtags-Fraktionsvorsitzenden Daniel Günther (43). Liebing hingegen wird im Mai für den Landtag kandidieren und aus dem Bundestag ausscheiden.

Vorhang

Drei Gedanken seien angefügt:

- Auch altgediente Politiker wirkten verblüfft, mit welcher Geschwindigkeit und Coolness eine Partei ihren Spitzenmann nach Anwürfen von außen austauscht, statt ihn zu stützen
- Das C im Parteinamen hat auch diesmal niemanden daran gehindert
- Macht sich bei der CDU in Schleswig-Holstein eigentlich niemand Gedanken darüber, wie es auf Wähler, Anhänger oder mitwirkungswillige Menschen wirkt, wenn man in fünf Jahren neun eigene Spitzenleute abserviert?

P.S.: Nach fast 15 Jahren und 150 Ausgaben als Autor, Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins sind es an dieser Stelle meine letzten Zeilen. In Hamburg sagt man Tschüs!

www.mitmagazin.com



Günter F. Kohl ist Chefredakteur und Verleger des MittelstandsMagazins

IMPRESSUM **MittelstandsMagazin**

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU vertreten durch den Bundesvorsitzenden und den Hauptgeschäftsführer
Schadowstraße 3, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mit-magazin.de

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Titel-Karikatur: Tomicek

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44,
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Frank Druck GmbH + Co KG
Industriestraße 20, 24211 Preetz /Holstein

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt: GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.

Ihr Einsatz ist
unbezahlbar.
Deshalb braucht
sie Ihre Spende.



www.seenotretter.de



Volkswagen für Selbstständige.

Unser Programm
**für Ihren
Erfolg.**



Kommt Ihrem Geschäft entgegen:

- **Attraktiver Preisvorteil¹**
- **Günstige Leasingrate²**
- **Komfortable Mobilitätsmodule²**

Kraftstoffverbrauch des neuen up! TSI 66 kW in l/100 km: innerorts 5,5/
außerorts 3,8/kombiniert 4,4, CO₂-Emissionen in g/km: kombiniert 101.

Professional Class
Volkswagen für Selbstständige



Volkswagen

¹ Professional Class ist ein Angebot für alle Selbstständigen. Einzelheiten zur jeweils erforderlichen Legitimation erfahren Sie bei Ihrem teilnehmenden Volkswagen Partner. ² Ein Angebot der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Str. 57, 38112 Braunschweig, für gewerbliche Einzelabnehmer mit Ausnahme von Sonderkunden für ausgewählte Modelle. Bonität vorausgesetzt. Alle Werte zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer. Abbildung zeigt Sonderausstattungen gegen Mehrpreis.